



LEITANTRAG

DER BUNDESPROGRAMMKOMMISSION

PROGRAMM DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND
FÜR DIE WAHL ZUM 9. EUROPÄISCHEN PARLAMENT 2019

zur Europawahlversammlung der AfD in Riesa

11. bis 14. Januar 2019

SACHSENarena

Am Sportzentrum 5 | 01589 Riesa

INHALTSVERZEICHNIS

1	Präambel	7
2	Ein Europa der Nationen	7
2.1.	Ein Europa der Nationen.....	7
2.2	Reform der Europäischen Union	7
2.2.1	DEXIT – Der Austritt als letzte Option	8
2.2.2	Volksabstimmungen in europäischen Angelegenheiten	9
2.3	Lobbyismus, Korruption und Bereicherung	9
2.3.1	Private Vorsorge der EU-Funktionsträger	10
2.3.2	Information und Transparenz.....	10
2.4	Die Europaparteien und ihre Stiftungen.....	10
3	Außen- und Sicherheitspolitik, Außenhandel und Entwicklungshilfe	11
3.1	Außenpolitik.....	11
3.1.1	Deutschland und Europa im Wandel der internationalen Beziehungen.....	11
3.1.2	Gestaltung der europäischen Außenpolitik.....	11
3.1.3	Europäische Zusammenarbeit.....	11
3.1.4	Bündnispartner USA	11
3.1.4	Russland.....	12
3.1.6	China	12
3.1.7	Türkei.....	12
3.1.8	Syrien	12
3.2	Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.....	12
3.2.1	Keine EU-Armee	12
3.2.2.	Wiederherstellung der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr.....	13
3.2.3	Erhalt der deutschen und europäischen wehrtechnischen Industrie	13
3.3	Entwicklungspolitik	13
3.4	Außenhandelspolitik	14
4	Finanzen und Wirtschaft	16
4.1	Keine EU-Steuern und kein EU-Finanzministerium	16

4.2	Unternehmensbesteuerung in der EU.....	16
4.3	EU-Finanzen – Fass ohne Boden	17
4.3.1	Ausgaben reduzieren.....	17
4.3.2	Nationale Reformen statt Umverteilung.....	17
4.4	Keine gemeinsame Arbeitslosenversicherung oder Sozialunion.....	17
4.5	Bürgerorientierte Wirtschaftspolitik statt EU-Bürokratie	18
4.6	Faire Handelsverträge.....	18
4.7	Wertschöpfung erhalten, Schlüsseltechnologien fördern.....	18
4.8	„Made in Germany“ stärken.....	18
5	Der Euro ist Gescheitert: Geld- und Währungspolitik	19
5.1	Die weitere Mitgliedschaft in der Eurozone in der jetzigen Form ist dem deutschen Steuerzahler nicht zumutbar	19
5.2	Beendigung der Sparer und Rentner enteignende Politik der EZB.....	19
5.3	Wohlstand und sozialer Frieden in Europa durch Wiedereinführung nationaler Währungen	20
5.4	Erhalt des Bargelds	21
5.5	Keine Haftung für EU-Banken	22
5.6	Target 2 Beenden.....	23
5.7	Trennung EZB und Bankenaufsicht.....	23
5.8.	Mit uns ist Ihr Geld sicher: Absicherung der Bürger gegen die Eurokrise	23
6	Die Nationen schützen!	24
6.1.	Nationale Souveränität in der Asyl- und Zuwanderungspolitik wiederherstellen.....	25
6.2	Das System der internationalen humanitären Hilfe muss völlig neu gedacht werden	25
6.3	Überlastung Deutschlands beenden.....	26
6.4	Die künftige Rolle der EU: Operative und administrative Hilfe für die Mitgliedsstaaten.	26
6.5	Remigration statt Massenzuwanderung.....	27
6.6	Grenzschutz ist Bürgerschutz.....	27
6.7	EU-Freizügigkeit: Privilegien zurückfahren	27
6.8	Keine Freizügigkeit in die Sozialhilfe.....	27

6.9	Die Türkei gehört nicht in die EU	28
7	Inneres, Recht und Justiz	29
7.1	Änderung des Schengener Abkommens.....	29
7.2	Keine „Europäisierung“ der Justiz.....	29
7.3	Abschaffung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)	30
7.4	Freiheit des Internets erhalten	30
7.5	Islam – Gefahr für Europa	30
8	Soziales Und EU.....	32
8.1	Zuwanderung und Soziales	32
8.2	Zuwanderung von Arbeitskräften	32
8.3	Keine europäische Sozialunion	33
8.4	Sozialleistungen für EU-Ausländer.....	33
8.5	Keine europäische Arbeitsagentur	33
9	Subsidiarität in der Gesundheitspolitik bewahren.....	34
9.1	Schutz der Bevölkerung vor Infektionskrankheiten und Epidemien	34
9.2	Keine weitere Krankenhausprivatisierung durch europaweit agierende Gesundheitskonzerne	35
9.3	Keine europaweite Organspendepflicht.....	36
9.4	Flächendeckende Arzneimittelversorgung sichern.	36
9.5	Bewahrung des Berufsbildes des Heilpraktikers.....	37
10	Familienpolitik	38
10.1	Eigenverantwortung der Familien stärken	38
10.2	Bürger für Demografierisiken sensibilisieren	39
10.3	Gesellschaftliche Leistung von Familien würdigen.....	39
10.4	Abtreibung ist kein Menschenrecht	40
10.5	Kinder sind keine Konsumgüter	41
10.8	Kindergeldmissbrauch beenden	41
11	Bildung und Kultur	42
	Bildung	42

11.1	Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und Lehre wiederherstellen	42
11.2	Duale Ausbildung, Meister und duales Studium stärken.....	43
11.3	Keine Inklusion um jeden Preis.....	43
11.4	Keine ideologische Beeinflussung: Neutralität sämtlicher Bildungseinrichtungen wiederherstellen	43
11.5	Kinder sind keine Versuchskaninchen – weder analog noch digital!.....	44
11.6	Gender Mainstreaming abschaffen	44
	Kulturpolitische Positionen zur EU-Wahl.....	45
11.7	Subsidiaritätsprinzip einhalten	45
11.8	Kulturerbe bewahren.....	45
11.9	Deutsche Sprache stärken	45
11.10	Auswärtige Kulturpolitik	46
12	Energie, Klima, Technik und Infrastruktur	47
12.1	Klima und Energie	47
12.2	Technik, Innovation, Forschung.....	48
12.3	Planen, Bauen, Wohnen	49
12.4	Verkehr	50
12.4.1	Rheinschiene, Nord-Ostsee-Kanal und feste Fehmarnbelt-Querung forcieren	50
12.4.2	LKW-Flut im Transitverkehr eindämmen, Intermodalen Gütertransport fördern.....	50
12.4.3	Güterkraftverkehr, Lohn- und Sozialdumping eindämmen	50
12.4.4	Zukunft des Verbrennungsmotors und der Elektromobilität realistisch sehen.....	51
12.5	Digitalisierung	52
12.5.1	Digitalisierung aktiv gestalten: Für Verbraucher und für Unternehmen	52
12.5.2	Entwicklung eigener und offener Technologien in Europa stärken	53
13	Umweltschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	54
13.1	Luftqualität, Grenzwerte und Diesel-Fahrverbote	54
13.2	Nachhaltigkeit für die forstwirtschaftliche Zielsetzung.....	55
13.3	Artenschutz und Wildtiermanagement	55

13.4	Förderung von Landwirtschaft und ländlichen Räumen.....	56
13.5	Verbraucherschutz.....	57
13.6	Tierwohl, Transport und artgerechte Haltung.....	58

1 PRÄAMBEL

2 *Anmerkung der Bundesprogrammkommission: Die Präambel wird als Änderungsantrag eingereicht.

3 2 EIN EUROPA DER NATIONEN

4 2.1. Ein Europa der Nationen

5 Die Vielfalt der nationalen Kulturen und Traditionen ist die Grundlage für die politische, ökonomische
6 und soziale Stärke Europas. Wir lehnen ab, die EU zu einem Staat mit Gesetzgebungskompetenz und
7 einer eigenen Regierung umzuwandeln, ebenso die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“.
8 Stattdessen tritt die AfD für ein Europa als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner
9 Staaten ein. Wir wollen in Freundschaft und guter Nachbarschaft zusammenleben.

10 Mit den Verträgen von Schengen, Maastricht und Lissabon wurde das Prinzip der Volkssouveränität
11 ausgehöhlt. Der Versuch, funktionierende demokratische Nationalstaaten aufzulösen und durch eine
12 Art europäischen Superstaat zu ersetzen, kann nicht gelingen. Es ist eine Illusion, dass die nationalen
13 Identitäten nach und nach durch eine europäische abgelöst werden könnten. Weder gibt es ein
14 europäisches Staatsvolk, das für ein solches Vorhaben konstitutiv wäre, noch ist erkennbar, dass sich
15 ein solches auf absehbare Zeit herausbildet. Kulturen, Sprachen und nationale Identitäten sind durch
16 Jahrhunderte dauernde geschichtliche Entwicklungen entstanden. Nur in nationalen Staaten mit
17 demokratischer Verfassung können Volkssouveränität und Grundrechte der Bürger als Herzstück der
18 Demokratie gelebt und bewahrt werden.

19 2.2 Reform der Europäischen Union

20 Die Europäische Gemeinschaft hat sich zu einem undemokratischen Konstrukt entwickelt, das von den
21 politischen Klassen Europas besetzt ist und von intransparenten, nicht kontrollierten Bürokratien
22 gestaltet wird. Die in den europäischen Verträgen fixierten Grundsätze der Subsidiarität und des
23 Verbotes der Staatshaftung für Schulden anderer Staaten werden ignoriert. Die Politik der EU-Organe,
24 insbesondere des Europäischen Rats und der Europäischen Kommission, ist vom Feilschen um
25 Partikularinteressen von Einzelstaaten und Lobby-Klüngel dominiert. Der Wettbewerb wird
26 zunehmend durch europäische Regulierungswut erdrückt. Die demokratische Kontrolle der EU-
27 Organe ist völlig unzureichend, auch der Europäische Gerichtshof (EuGH) nimmt diese Rolle nicht wahr,
28 sondern weitet beharrlich die EU-Kompetenzen zu Lasten der Souveränität der Nationalstaaten aus.

29 2.2.1 DEXIT – Der Austritt als letzte Option

30 Sollten sich unsere grundlegenden Reformansätze im bestehenden System der EU nicht innerhalb
31 einer Legislaturperiode verwirklichen lassen, halten wir einen Austritt Deutschlands oder eine
32 geordnete Auflösung der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen
33 Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig.

34 Die EU – Zentralismus und Bürokratie

35 Die politischen Klassen Europas haben die Europäische Union zu einem monströsen Behörden- und
36 Verwaltungsapparat ausgebaut: Zwölf EU-Institutionen mit 44.000 EU-Beamten und 11.000
37 Angestellten, Personalkosten von über acht Milliarden Euro, 24 EU-Agenturen mit einer nicht
38 veröffentlichten Zahl von Mitarbeitern und Heerscharen von Dienstleistern wie Dolmetschern und
39 Sachverständigen. Die Abgeordneten, Kommissare, Beamten und sonstigen EU-Beschäftigten erhalten
40 unangemessen hohe Vergütungen und Privilegien, von paradiesischen Pensionsansprüchen bis zu
41 steuerfreien Zulagen. In der EU verdienen beispielsweise etwa 4.000 EU-Beamte jeweils mehr als der
42 deutsche Bundeskanzler (290.000 € brutto / Jahr).

43 Mit der Reform der EU wollen wir den aufgeblähten Behördenapparat schrumpfen und die
44 unverhältnismäßige Besoldung und Versorgung der EU-Bürokraten stoppen. Die Besetzung von
45 Ämtern und Funktionen der EU-Institutionen soll nach Eignung und Befähigung erfolgen und nicht nach
46 Parteibuch.

47 Die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip und die Einführung eines Mehrheitsprinzips ist mit unserer
48 Vorstellung der Europäischen Union nicht vereinbar. Kein Land soll über ein anderes Land bestimmen.
49 Das Mehrheitsprinzip hebt die Souveränität der Staaten auf.

50 Europäische Versammlung anstatt des derzeitigen EU-Parlaments

51 Das undemokratische EU-Parlament mit seinen derzeit privilegierten 751 Abgeordneten wollen wir in
52 eine Europäische Versammlung umwandeln, ein Gremium von maximal 100 aus den Nationalstaaten
53 entsandten Delegierten, die von den nationalen Parlamenten proportional zu den Fraktionsstärken
54 gewählt werden. Die Rechtsetzungskompetenz sehen wir ausschließlich bei den Nationalstaaten,
55 befürworten jedoch eine Intensivierung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer
56 und den Abschluss von multilateralen Staatsverträgen. Nicht Zentralismus und Gängelung, sondern
57 partnerschaftliche Kooperation gewährleistet nachhaltigen Wohlstand und Frieden.

58 Ein neuer Europäischer Gerichtshof als supranationales Schiedsgericht

59 Bei der Neuordnung der Europäischen Union wollen wir anstelle der bisherigen EU-Organe eine
60 Organisationsstruktur schaffen, welche der Organisation anderer zwischenstaatlicher

61 Zusammenschlüsse entspricht. Die Einzelheiten der Organisationsstruktur sind in den multilateralen
62 Verträgen zu regeln.

63 Die Eingriffe des Europäischen Gerichtshofes in die Souveränität der Nationalstaaten wollen wir
64 beenden. Mit dem Wegfall der Gesetzgebungskompetenz der EU ist der Vorrang des deutschen
65 Grundgesetzes und des nationalen Rechtes wiederhergestellt. Ein neuer EuGH soll die Aufgaben eines
66 supranationalen Schiedsgerichts wahrnehmen. Die Richter des neuen EuGH sollen von den obersten
67 Gerichten der Nationalstaaten gewählt werden.

68 2.2.2 Volksabstimmungen in europäischen Angelegenheiten

69 Solange die staatliche Souveränität der Nationalstaaten nicht wiederhergestellt ist, darf Deutschland
70 ohne Volksabstimmung keine Verträge bezüglich einer EU-Erweiterung, Abgabe von Souveränität und
71 Haftungszusagen ändern oder abschließen. Wir halten es für ein selbstverständliches Recht jedes
72 Volkes in der Europäischen Union über den Verbleib in der EU, der Währungsunion oder sonstiger
73 supranationaler Projekte abzustimmen.

74 Der Austritt Großbritanniens aus der EU hat historische Dimensionen. Er wurde von den politischen
75 Klassen der EU mit verursacht und hat Europa einen schweren Schaden zugefügt. Wir respektieren den
76 Brexit als souveräne Entscheidung des britischen Volkes zum Verlassen der EU.

77 2.3 Lobbyismus, Korruption und Bereicherung

78 Aufgrund fehlender Bürgernähe, der Intransparenz der EU-Institutionen, deren weitreichender
79 Regulierungsmacht und deren Entscheidung über gewaltige Geldmittel hat sich eine Lobby-
80 Maschinerie mit mehr als 25.000 Lobbyisten in den Schaltstellen der EU festgesetzt. Sie versucht auf
81 die politischen Entscheidungen Einfluss zu nehmen, oftmals in der Grauzone zur Korruption. Die
82 Einwirkung auf die Brüsseler Bürokratie geschieht erschreckend ungeniert, zuweilen werden
83 Richtlinien und Gesetzentwürfe direkt von den Lobbyisten verfasst. Die nach unzähligen Skandalen
84 getroffenen Maßnahmen zur Regulierung des Lobbyismus sind Augenwischerei.

85 Bereits vor Realisierung der notwendigen EU-Reformmaßnahmen fordern wir ein verpflichtendes
86 Lobbyregister, in dem jeglicher Kontakt mit Lobbyisten zeitnah und lückenlos veröffentlicht wird.
87 Neben der vollständigen Transparenz fordern wir konkrete Pflichten und konsequente Sanktionen für
88 alle EU-Funktionsträger und Mitarbeiter. Bestechung, Korruption und Subventionsbetrug wollen wir
89 mit einem automatischen Verlust der Wählbarkeit und der Fähigkeit, öffentliche Ämter
90 wahrzunehmen, entsprechend sanktionieren. Ferner fordern wir die uneingeschränkte
91 Veröffentlichung der Nebentätigkeiten der Abgeordneten und EU-Funktionsträger sowie eine
92 dreijährige Karenzzeit beim Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft („Drehtür-Prinzip“).

93 2.3.1 Private Vorsorge der EU-Funktionsträger

94 EU-Parlamentarier erhalten aktuell nach ihrem Ausscheiden eine überdimensionierte
95 Altersversorgung aus einem Pensionsfonds. Als Folge der EZB-Niedrigzinspolitik sind, analog zu den
96 privaten und betrieblichen Alterssicherungssystemen, auch bei diesem Fonds die Renditen
97 weggebrochen und es fehlen große Summen. Die AfD wendet sich strikt gegen die aktuellen Pläne aus
98 Brüssel, dass nun der Steuerzahler zum Ausgleich einspringen soll, während der Bürger die Minderung
99 bei seinen Lebensversicherungs- und Betriebsrenten selbst tragen muss. In unserem Modell der EU
100 sollen die EU-Abgeordneten und sonstigen EU-Funktionäre für ihre Renten- und Krankenvorsorge
101 selbst aufkommen.

102 2.3.2 Information und Transparenz

103 Während Lobbyisten und Interessenvertreter umfassend und vorab informiert werden, bleiben den
104 Bürgern die Informationen der EU-Institutionen in der Regel vorenthalten. Bei Verhandlungen über
105 Handelsabkommen wie TTIP wurden sogar den Parlamentariern der Nationalstaaten deren Inhalte
106 vorenthalten. Wir fordern ein uneingeschränktes Recht auf Information für alle Bürger und eine
107 maximale Transparenz durch eine Veröffentlichungspflicht aller in den EU-Institutionen anfallenden
108 Daten nach dem Vorbild des Hamburger Transparenzgesetzes.

109 2.4 Die Europaparteien und ihre Stiftungen

110 Die mit dem Vertrag von Maastricht eingeführte „politische Partei auf europäischer Ebene“ wurde
111 2003 zu einem weiteren gigantischen Instrument der staatlichen Parteienfinanzierung umgebaut. Die
112 „Europaparteien“ sind keine Parteien nach deutschem Recht. Ihre Finanzierung von bis zu 100 Prozent
113 aus öffentlichen Mitteln verstößt gegen Europarecht. Ungeachtet dessen haben sich die etablierten
114 Parteien damit eine weitere Quelle der Staatsfinanzierung erschlossen. Seit der Einführung im Jahr
115 2004 hat das EU-Parlament die diesbezüglichen Mittel von 3,2 Millionen Euro auf 20,8 Millionen Euro
116 im Jahr 2016 erhöht.

117 Darüber hinaus haben sich die Parteien noch Stiftungen auf europäischer Ebene genehmigt. So erhält
118 beispielsweise die Stiftung der Europäischen Volkspartei (EVP), der die CDU/CSU angehört, 4,9
119 Millionen Euro (2016). Insgesamt lassen sich die EU-Stiftungen mittlerweile etwa 16 Millionen Euro
120 ausbezahlen. Die AfD fordert die sofortige Einstellung der Parteienfinanzierung auf europäischer
121 Ebene.

122 3 AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK, AUßENHANDEL UND 123 ENTWICKLUNGSHILFE

124 3.1 Außenpolitik

125 3.1.1 Deutschland und Europa im Wandel der internationalen Beziehungen

126 Ziel deutscher Außenpolitik ist der Erhalt eines souveränen Deutschlands, das Freiheit, Recht und
127 Sicherheit seiner Bürger garantiert. Wir stehen für ein Europa der Vaterländer und lehnen
128 zentralistische Bestrebungen der EU entschieden ab. Kernkompetenzen und Entscheidungsbefugnisse,
129 auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, müssen in der Verantwortung der Mitgliedstaaten
130 verbleiben. Die AfD setzt sich für eine an deutschen Interessen ausgerichtete Außenpolitik ein.
131 Richtschnur sind die realpolitischen Erfordernisse, nicht wirklichkeitsfremde Ideologien. Deshalb muss
132 Deutschland eine Führungsrolle innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft
133 verantwortungsbewusst annehmen.

134 Eine stabile Friedensordnung in Europa bedarf einer ausgewogenen Zusammenarbeit sowohl mit den
135 USA als auch mit Russland. Die legitimen Sicherheitsinteressen aller europäischen Staaten sind dabei
136 zu berücksichtigen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist ein
137 wesentliches Element der europäischen Friedensordnung. Wir setzen uns für die Achtung des
138 Völkerrechts und dabei insbesondere für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Gleichzeitig
139 fordern wir die Einhaltung des Nichteinmischungsgrundsatzes in innere Angelegenheiten von Staaten
140 durch andere Mächte und nichtstaatliche Akteure.

141 3.1.2 Gestaltung der europäischen Außenpolitik

142 Die AfD lehnt die Vergemeinschaftung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und den
143 europäischen Auswärtigen Dienst ab. Stattdessen treten wir für eine Intensivierung der
144 zwischenstaatlichen Abstimmung innerhalb Europas ein.

145 3.1.3 Europäische Zusammenarbeit

146 Frankreich bleibt ein wichtiger Partner in Europa. Deutsche Interessen sind bei der Zusammenarbeit
147 künftig jedoch viel stärker zu berücksichtigen. Die engen Beziehungen zu Großbritannien müssen auch
148 nach dem Austritt der Briten aus der Europäischen Union beibehalten werden. Darüber hinaus
149 unterstützen wir die Bemühungen der Visegrád-Staaten zur Erhaltung der europäischen Identität.

150 3.1.4 Bündnispartner USA

151 Gute Beziehungen zu den USA sind für Europa und Deutschland von wesentlicher Bedeutung. Eine
152 Interessensabstimmung auf Augenhöhe und gegenseitigem Respekt ist erforderlich. Der Wandel der

153 US-Außenpolitik zwingt Deutschland und die anderen europäischen Staaten ihre Interessen
154 eigenständig zu formulieren und eröffnet eine Chance, diese auch wahrzunehmen.

155 3.1.4 Russland

156 Die historischen und wirtschaftlichen Verbindungen mit Russland gebieten einen gegenseitigen
157 Interessenausgleich, der dem Wohle aller europäischen Völker dient. Nur unter Einbeziehung
158 Russlands ist eine stabile Friedensordnung in Europa denkbar. Die gegen Russland verhängten
159 Sanktionen sehen wir als nicht zielführend an. Die AfD setzt sich für deren Abbau und eine
160 Normalisierung der Beziehungen mit Russland ein. Wir befürworten eine verstärkte Zusammenarbeit
161 mit der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft und unterstützen die Erweiterung der bestehenden Gas-
162 Pipeline in der Ostsee (Northstream 2) zwischen Russland und Deutschland unter Berücksichtigung der
163 Versorgungssicherheit der mittelosteuropäischen Länder. Dadurch wird unsere Gasversorgung und die
164 unserer europäischen Partner auf eine breitere Basis gestellt.

165 3.1.6 China

166 Die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kontakte zu China wollen wir ausbauen, gleichzeitig
167 aber eine gegenseitige Angleichung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Handel und Investitionen
168 erreichen. Damit treten wir dem Ausverkauf deutscher und europäischer Technologie entgegen.

169 3.1.7 Türkei

170 Die Türkei gehört kulturell nicht zu Europa. Die AfD fordert den sofortigen Abbruch der
171 Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei und die Einstellung der finanziellen Heranführungshilfen.

172 3.1.8 Syrien

173 Deutschland hat während des Krieges über eine halbe Million syrischer Kriegsflüchtlinge
174 aufgenommen, die jetzt unverzüglich zurückgeführt werden müssen. Dazu muss die Bundesregierung
175 unverzüglich Verhandlungen mit den syrischen Behörden aufnehmen und sich in der EU für die
176 Aufhebung der Sanktionen gegen Syrien einsetzen.

177 3.2 Verteidigungs- und Sicherheitspolitik

178 3.2.1 Keine EU-Armee

179 Europa wird durch die NATO verteidigt. Deshalb lehnt die AfD die Schaffung einer europäischen Armee
180 strikt ab, da diese über keine demokratische Legitimation verfügt und eine weitere
181 Souveränitätsabgabe der europäischen Staaten bedeuten würde. Sie würde auch nicht die
182 grundlegenden Probleme der europäischen Verteidigung lösen.

183 Über den Einsatz deutscher Streitkräfte darf weiterhin nur der Deutsche Bundestag entscheiden. Die
184 „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (Pesco¹) als Vorstufe zu einer EU-Armee und
185 Doppelstrukturen der EU (z.B. Battle Groups und zusätzliche EU-Stäbe) lehnen wir ab. Stattdessen
186 fordert die AfD die Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO, um hier Deutschlands Rolle und
187 Einfluss zu stärken.

188 3.2.2. Wiederherstellung der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr

189 Die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands muss unverzüglich wiederhergestellt werden. Dazu müssen
190 zunächst die gravierendsten Mängel und Probleme bei der aktuellen Personal- und Ausrüstungslage
191 der Bundeswehr gelöst, die gegenwärtigen Strukturen endlich ausgefüllt und die Streitkräfte wieder
192 zukunftsfähig gemacht werden. Wir fordern die zügige Anpassung des deutschen Wehretats an das
193 2%-Ziel der NATO. Die Erfüllung dieses Ziels dient der Wiederherstellung der Einsatz- und
194 Bündnisfähigkeit unserer Streitkräfte. Darüber hinaus ist der Aufbau der Bundeswehr auf eine für die
195 Landes- und Bündnisverteidigung notwendige Größe erforderlich, die auch eine uneingeschränkte
196 Wahrnehmung ihrer nationalen Aufgaben im Rahmen der Katastrophenhilfe (Art. 35 Abs. 2, Satz 2,
197 Abs. 3 GG), der Terrorabwehr (Art. 87a IV GG) und der Cyberabwehr sicherstellt. Die Sicherung der
198 personellen Grundlagen und adäquater Strukturen der Bundeswehr werden nur mit der Aufhebung
199 der Aussetzung der Wehrpflicht möglich sein.

200 3.2.3 Erhalt der deutschen und europäischen wehrtechnischen Industrie

201 Die AfD fordert den Erhalt der wehrtechnischen Fähigkeiten, die Sicherung der in diesem
202 Hochtechnologiesektor bestehenden Arbeitsplätze und Planungssicherheit für die deutsche Industrie
203 und unsere Streitkräfte. Dafür müssen unter anderem neue wehrtechnische Programme initiiert
204 werden. Im Rahmen künftiger Rüstungskooperationen bestehen wir auf den Schutz deutscher
205 Interessen. Deutsche Schlüsseltechnologien dürfen nicht an Drittstaaten veräußert werden. Zudem
206 muss auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Finanzierung und der anteiligen Produktion in
207 Deutschland geachtet werden. Bei Schlüsselfähigkeiten muss Deutschland die Systemführerschaft
208 anstreben.

209 3.3 Entwicklungspolitik

210 Ziel der AfD ist es, die Entwicklungspolitik der EU wieder auf die nationale Ebene der Mitgliedstaaten
211 zurückzuführen, mit einer Koordinierungsrolle der EU, um Doppelmaßnahmen zu vermeiden. Es gilt

¹ Permanent Structured Cooperation

212 das Prinzip der Subsidiarität und der Wahrung der Eigeninteressen der Geberländer bei der Vergabe
213 von Entwicklungshilfe.

214 Die Entwicklungspolitik muss Hilfe zur Selbsthilfe sein. Nachhaltige Armutsbekämpfung muss primär
215 über die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, den Aufbau des Bildungssystems und
216 funktionierende staatliche Institutionen erfolgen. Die privatwirtschaftliche Initiative,
217 wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und die Versorgungssicherheit sind zu fördern. Die Empfängerländer
218 sollen in die Lage versetzt werden, aus eigener Kraft ihre Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten.

219 Die Entwicklungspolitik soll auch helfen, die Migrationsursachen zu verringern und sich auf die Länder
220 mit dem größten Migrationsdruck in Afrika und dem Nahen Osten zu konzentrieren. Die
221 Entwicklungshilfe soll in Partnerschaft mit den Empfängerländern und regionalen Organisationen
222 durchgeführt werden. Dabei sind deren eigene Entwicklungsstrategien und gesellschaftlichen
223 Strukturen zu beachten. Weiterhin sind Waffenexporte in Krisenregionen und insbesondere an
224 Willkürregime umgehend zu beenden.

225 Staaten, in denen Korruption, Vetternwirtschaft und Missmanagement vorherrschen, sind von der
226 Entwicklungshilfe auszuschließen. Budgethilfe begünstigt die Mittelverschwendung und ist daher
227 einzustellen. Atommächte wie China, Indien und Pakistan sollen keine - wie auch immer gestaltete -
228 Entwicklungshilfe erhalten.

229 Freihandel ist die wirksamste und unbürokratischste Form der Entwicklungshilfe. Deshalb muss die EU
230 ihre Märkte für Güter und Dienstleistungen der Entwicklungsländer öffnen und die Ausfuhr von
231 subventionierten Produkten in die Entwicklungsländer beenden. EU-Bewertungs- und
232 Vergabeverfahren sowie Standards und Normen sollen nicht zu Handelshemmnissen werden.

233 Die Entwicklungshilfe muss einer strikten Verwendungskontrolle und einer regelmäßigen
234 unabhängigen Evaluierung der Ergebnisse unterzogen werden. Humanitäre Hilfe hat in der Regel keine
235 langfristige Entwicklungswirkung und ist daher keine Entwicklungshilfe im engeren Sinne. Die
236 humanitäre Hilfe sollte Aufgabe der Kirchen und Wohltätigkeitsorganisationen sein.

237 3.4 Außenhandelspolitik

238 Die EU soll eine Außenwirtschaftspolitik betreiben, die sich an den Interessen der Mitgliedsstaaten
239 ausrichtet. Dazu gehört vor allem, dass die EU sich weiterhin für den Freihandel und offene Märkte
240 einsetzt. Protektionistischen Bestrebungen ist entgegenzuwirken. Importbeschränkungen der EU,
241 insbesondere im nichttarifären Bereich, sind abzubauen. Exportsubventionen sind schrittweise zu
242 streichen, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Da nicht alle Branchen gleichermaßen vom
243 Freihandel und der Globalisierung profitieren, sollen gegebenenfalls innereuropäische oder nationale
244 Ausgleichsmaßnahmen ergriffen werden.

245 Handelsvereinbarungen sind vorzugsweise im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO)
246 abzuschließen, da sie dann den größten Nutzen für alle Beteiligten erbringen. Die
247 Handelsverhandlungen der EU sind transparent zu führen. Investitionsabkommen, die die Rechte der
248 europäischen Unternehmen schützen, sollen von der EU ausgehandelt werden. Dabei lehnt die AfD die
249 Übertragung von nationalen Souveränitätsrechten auf private Schiedsgerichte ab. Soweit die EU-
250 Handelssanktionen gegen Drittstaaten ergriffen hat, sind die Sanktionen regelmäßig auf ihre
251 Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit hin zu überprüfen. Andererseits soll die EU gegen ungerechtfertigte
252 Handelsbeschränkungen von Drittstaaten angemessene Gegenmaßnahmen ergreifen.

253 Der Ausverkauf von Technologieunternehmen an Drittstaaten ist durch geeignete handelspolitische
254 und andere Maßnahmen zu unterbinden. Wertschöpfungsketten und deren technologisches Wissen
255 müssen erhalten bleiben. Die Außenhandels-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik müssen
256 aufeinander abgestimmt werden. In Kooperation mit den Mitgliedstaaten und internationalen
257 Partnern muss die EU die Freiheit der See- und Handelswege garantieren und damit den Zugang zu
258 Rohstoffen, Energie und Absatzmärkten sicherstellen.

259 4 FINANZEN UND WIRTSCHAFT

260 4.1 Keine EU-Steuern und kein EU-Finanzministerium

261 Die EU ist nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts kein Staat. Sowohl das
262 Grundgesetz (Art 110 GG; Haushaltsvorbehalt des Parlaments) als auch die EU-Verträge (mit
263 Verfassungsrang) lassen EU-Steuern nicht zu: Als loser Staatenbund hat die EU derzeit kein eigenes
264 Besteuerungsrecht und darf somit keine „EU-Steuern“ erheben. Bestrebungen, insbesondere von
265 französischer Seite, dies zu ändern, erteilt die AfD eine entschiedene Absage. Hierdurch würde die
266 Budgethoheit der nationalen Parlamente unterlaufen und die Legitimität der EU deutlich
267 überstrapaziert.

268 Steuern, insbesondere solche, die ausschließlich zur Finanzierung des EU-Haushalts dienen, lehnen wir
269 ab. Die AfD fordert umfangreiche Ausgabenkürzungen statt ein überflüssiges EU-Finanzministerium.

270 Die geübte Praxis in der EU, eine Budgetplanung über sieben Jahre, also selbst über eine EU-
271 Legislaturperiode hinaus mit faktischer Bindungswirkung für die nationalen Parlamente zu
272 verabschieden, untergräbt die nationale Budgethoheit. Die AfD fordert den deutschen Anteil an den
273 EU-Ausgaben und Einnahmen im Bundeshaushalt jährlich einzustellen.

274 4.2 Unternehmensbesteuerung in der EU

275 Eines der Problemfelder der Finanzpolitik in Europa ist die unzureichende Bekämpfung von
276 Steuervermeidung und Steuerbetrug. Die AfD setzt sich dafür ein, dass Steuerdumping und unfaire
277 Steuergestaltung mit Hilfe der EU beendet werden.

278 Um gegen wirksam gegen Steuerdumping und Steuerbetrug vorzugehen unterstützen wir die
279 Einführung von BEPS-Maßnahmen (Vorschriften gegen Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung z.B.
280 durch Lizenzzahlung) auf der Ebene der OECD. Um Gewinnverschiebungen zu vermeiden müssen
281 Staaten zudem ihre Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland ändern. Eine EU-getriebene
282 Harmonisierung von Unternehmenssteuern lehnen wir ab.

283 Seit der Abschaffung von Wechselkursen innerhalb der Eurozone können die Länder
284 Handelsungleichgewichte nicht mehr abfedern. Die AfD warnt davor, auch noch die nationale
285 Steuerhoheit als Wettbewerbsinstrument abzuschaffen. Entscheidungen eines Landes, durch
286 geringere Steuersätze ihre Standortnachteile auszugleichen, sind gerade für Länder mit niedriger
287 Wirtschaftsleistung überlebensnotwendig. Eine Finanztransaktionssteuer unterstützen wir, wenn sie
288 an allen Handelsplätzen, auch außerhalb der EU, eingeführt und nationalstaatlich vereinnahmt wird.
289 Andernfalls käme es nur zu einer Verlagerung der Handelsaktivitäten.

290 4.3 EU-Finzen – Fass ohne Boden

291 Die AfD lehnt den Vorschlag der EU-Kommission, den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Jahre
292 2021 bis 2027 um 192 auf 1.279 Milliarden Euro zu erhöhen, entschieden ab. Dies wäre angesichts der
293 Verkleinerung der EU durch den Austritt des Nettozahlers Großbritanniens absurd. Zusätzlich soll
294 erstmalig noch mit 28 Milliarden Euro ein Sondervermögen für “Globalisierung, Solidarfonds und als
295 Flexibilitätsinstrument” finanziert werden. Deutschlands EU-Beitrag würde dann von derzeit 26 auf 40
296 Milliarden Euro im Jahr steigen. Das wäre eine Erhöhung der deutschen Finanzierungsbeteiligung an
297 der EU statt von derzeit 20 % auf dann 24 %.

298 Die AfD lehnt eine Ausweitung des EU-Haushaltes ab. Die durch die EU verhängten und vereinnahmten
299 Strafen sind anteilig an die Mitgliedstaaten weiterzuleiten.

300 4.3.1 Ausgaben reduzieren

301 Die AfD fordert eine Verkleinerung des Haushaltes, mindestens um die wegfallenden Netto-
302 Einnahmen aus Großbritannien. Neue Aufgaben der EU, die weitere Kosten verursachen, dürfen nur
303 dann aufgenommen werden, wenn diese Kosten durch Einsparungen an anderer Stelle des EU-
304 Haushalts finanziert werden. Zur Ausgabenreduzierung ist auch die EU-Verwaltung zu verkleinern
305 sowie der kosten- und zeitintensive Parlamentstourismus zwischen den drei Arbeitsorten Straßburg,
306 Brüssel und Luxemburg sofort zu beenden.

307 4.3.2 Nationale Reformen statt Umverteilung

308 Seit Jahrzehnten versucht die EU vergeblich durch Umverteilung durch milliardenschwere
309 Kohäsionsfonds gleichwertige Wirtschaftsbedingungen in den Mitgliedsstaaten herzustellen. Dieses
310 Ziel hat sich als unerreichbar herausgestellt. Der jährliche EU-Haushalt von 144,7 Mrd. Euro (2018)
311 wird zu über 70 % für Kohäsion und Landwirtschaft verwendet. Mit Zukunftssicherung oder
312 Weiterentwicklung der EU hat das nichts zu tun.

313 Die AfD fordert deshalb das Auslaufen der Kohäsionsfonds und die Verminderung der EU-Haushalte in
314 gleichem Maße. Strukturverbesserungen und Reformen müssen in nationaler Hoheit der
315 Mitgliedsländer durchgeführt werden. Weiter fordert die AfD, für alle Ausgaben und Subventionen
316 turnusmäßig eine Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen. So soll ermittelt werden, ob die erwarteten
317 Ziele erreicht wurden und es sinnvoll ist sie fortzuführen.

318 4.4 Keine gemeinsame Arbeitslosenversicherung oder Sozialunion

319 Die überproportional hohen sozialen Standards in Deutschland sind eine maßgebliche Ursache für die
320 illegitime Migration in Europa. Wir verwahren uns gegen EU-Vorschriften die regeln, wer auf unsere
321 nationalen Sozialleistungen Anspruch haben soll.

322 Asylbewerber im laufenden Verfahren und abgelehnte Asylbewerber sollen durchgängig nur
323 Sachleistungen auf dem Niveau des Asylbewerberleistungsgesetzes erhalten, anerkannte
324 Asylbewerber mit einem vorläufigen Bleiberecht nur Sachleistungen auf dem Niveau der
325 Grundsicherung.

326 4.5 Bürgerorientierte Wirtschaftspolitik statt EU-Bürokratie

327 Die EU verstößt permanent gegen das Subsidiaritätsprinzip, wonach Entscheidungen auf der untersten
328 möglichen Ebene getroffen werden sollen. Die AfD fordert Entscheidungskompetenzen auf nationale
329 und regionale Ebene zurückzuführen. Eine erfolgreiche, europäische Zusammenarbeit ist nur möglich,
330 wenn den Prinzipien der Souveränität und des Freihandels wieder angemessene Bedeutung verliehen
331 wird.

332 4.6 Faire Handelsverträge

333 Fairer Handel sichert Wohlstand für alle. Die Aufgabe von Handelsabkommen sehen wir in der
334 Sicherung und Stärkung des Wohlstandes der Bürger in Europa. Dabei gilt es, unsere Standards bei im
335 Verbraucher- und Umweltschutz sowie im Sozialbereich und bei der Rechtssicherheit zu erhalten.
336 Wirtschaftliche Risiken hat der Investor zu tragen, nicht der Staat und damit letztlich der Steuerzahler.
337 Die AfD fordert einen wirksamen Schutz geistigen Eigentums und Gleichbehandlung deutscher und
338 ausländischer Unternehmen. So sind beispielsweise die Bedingungen des Marktzuganges
339 anzugleichen, damit ein Ausverkauf unserer Wirtschaft verhindert wird.

340 4.7 Wertschöpfung erhalten, Schlüsseltechnologien fördern

341 Unser Wohlstand resultiert aus der Wertschöpfung materieller und immaterieller Wirtschaftsgüter.
342 Die Entwicklung von Hochtechnologien im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit wollen wir
343 fördern. Die systemimmanente Schwerfälligkeit der EU darf nicht dazu führen, dass Deutschland
344 hierbei künftig gegenüber flexibleren Akteuren ins Hintertreffen gerät. Eine derartige Gefahr besteht
345 gerade bei der Automobilindustrie.

346 4.8 „Made in Germany“ stärken

347 Nationale und regionale Qualitätsstandards und Herkunftsangaben sind zu schützen. Dazu zählen
348 Marken wie „Made oder Designed in Germany“ und auch Ausbildungsstandards. EU-Vorschriften
349 dürfen nicht dazu führen, dass im Ausland erworbene Qualifikationen ohne Ablegen einer Prüfung am
350 Arbeitsort nach nationalen Standards, diesen gleichgestellt werden.

351 5 DER EURO IST GESCHEITERT: GELD- UND WÄHRUNGSPOLITIK

352 5.1 Die weitere Mitgliedschaft in der Eurozone in der jetzigen Form ist dem 353 deutschen Steuerzahler nicht zumutbar

354 Die AfD steht auch in der Währungspolitik für ein auf Marktwirtschaft und nationaler
355 Eigenverantwortung basierendem freundschaftlichem Miteinander der EU-Staaten. Die
356 Geschäftsgrundlage des Euro war: keine Haftung für die Schulden anderer Länder, keine
357 Staatsschulden über 60 % des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts und kein Jahresdefizit über 3 %. Diese
358 Regeln sind zerstört worden.

359 Stattdessen wird der Euro heute jeden Tag mit Milliardensummen „gerettet“. Dies über Garantien,
360 Bürgschaften, sogenannte Faszilitäten, Schlechtwetterfonds, Verrechnungskredite (Target2), zinsfreie
361 Kredite an notleidende Staaten, permanente Aufkäufe von Staatsanleihen durch Zentralbanken und
362 sogar über EU-Steuern. Alle diese Maßnahmen sind illegal, da sie gegen die Verbote der monetären
363 Staatsfinanzierung und der gegenseitigen Haftungsübernahme verstoßen. Die EU geriert sich zudem
364 als Bundes-Staat, was ebenso illegal ist und nicht als Staatenverbund von souveränen Nationalstaaten.

365 Deshalb muss Deutschland diese Transferunion aufkündigen durch Wiedereinführung einer
366 nationalen Währung, gegebenenfalls unter paralleler Beibehaltung des Euro.

367 5.2 Beendigung der Sparer und Rentner enteignende Politik der EZB

368 Die EZB sollte eine zweite Deutsche Bundesbank sein. Stattdessen betreibt sie eine Währungspolitik
369 der unwirtschaftlichen Zinsen (Nullzinspolitik). Dies zerstört alle kapitalgedeckten
370 Alterssicherungssysteme von Betriebsrenten, über staatlich geförderte Rentensysteme, private
371 Lebensversicherungen bis zu privaten Sparvermögen. Seit dem Amtsantritt von EZB-Präsident Draghi
372 fehlen den Deutschen mehr als 500 Mrd. Euro für ihre Altersvorsorge.

373 Alle Maßnahmen der EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen eingestellt werden.

374 Eine Politik der künstlich herbeigeführten Null- und Negativzinsen führt zur Zerstörung der zentralen
375 Märkte für Anleihen sowie zur Enteignung der Klein- und Lebensversicherungssparer und damit zu
376 Altersarmut. Die durch die EZB-Politik verursachte Wechselkursabwertung und die Preisexplosion am
377 Aktien- und Immobilienmarkt zerstören die Kaufkraft von nicht so schnell steigenden Einkünften,
378 wovon insbesondere Arbeitnehmer und Rentner betroffen sind.

379 Während die Deutsche Bundesbank nur einmal in 50 Jahren direkt Staatsanleihen gekauft hat, ist das
380 für die EZB seit 2015 das tägliche „Geschäftsmodell“. Ende 2018 wird sie für fast 4 Billionen Euro

381 staatliche und private Anleihen erworben haben. Eine solche Rotation der Gelddruckmaschine ist nach
382 den europäischen Verträgen verboten.

383 Diese suprastaatliche Rettungspolitik verletzt geltendes Recht, darunter das Verbot der
384 Staatsfinanzierung durch die EZB und das Verbot der Haftung für Schulden anderer Mitgliedstaaten
385 (Art. 123 und 125 AEUV). Die Rettungspolitik bricht alle den Wählern seit den 1990er Jahren
386 gegebenen Zusicherungen zur „niemals zugelassenen Haftung Deutschlands für Fremdschulden“.

387 Die AfD fordert die Durchsetzung der vertraglichen Verbote der Staatsfinanzierung durch die EZB und
388 der Vergemeinschaftung der Schulden; sowie eine Rückführung der Befugnisse der EZB auf reine
389 Geldpolitik, keine Umwandlung des ESM in einen europäischen Währungsfonds und ein sukzessives
390 Ende der EZB-Anleihenkaufprogramme und der „Rettungs“-Programme über EFSF und ESM.

391 5.3 Wohlstand und sozialer Frieden in Europa durch Wiedereinführung nationaler 392 Währungen

393 Der Euro ist für ein Wirtschaftsgebiet mit derzeit 19 völlig unterschiedlich leistungsfähigen
394 Volkswirtschaften eine Fehlkonstruktion und kann in der Form ökonomisch nicht funktionieren. Dies
395 zeigt sich deutlich darin, dass nach neunzehn Jahren Spannungsaufbau die Gemeinschaftswährung nur
396 noch über permanente und weitgehend deutsche Haftungsübernahmen aufrechterhalten
397 werden kann. Dies ist keine Basis für die gedeihliche Entwicklung der Volkswirtschaften der
398 Euroländer. Die Folge ist eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit im Süden Europas. Die
399 Jugendarbeitslosigkeit liegt seit Jahren erschreckend hoch als Folge der fehlenden bzw. verloren
400 gegangenen Wettbewerbsfähigkeit der Mittelmeerlande innerhalb des Euro-Korsetts. Die Euro-Krise
401 ist ein systemisches Problem und kann daher auch nur systemisch gelöst werden.

402 Die Lösung besteht in der Wiedereinführung der nationalen Währungen, in denen sich die Leistungen
403 ihrer jeweiligen Volkswirtschaften widerspiegeln, unter ggf. paralleler Beibehaltung des Euro.

404 Durch die wieder eingeführten nationalen Währungen ist jeder Staat wieder für seine Wirtschafts-,
405 Währungs- und staatliche Finanzpolitik verantwortlich und erhält damit seine innenpolitische
406 Souveränität zurück bezüglich Währung, Budgethoheit, Geld- und Finanzpolitik. Damit sind auch die
407 beiden derzeitigen internen Grundkonflikte in der Euro-Zone gelöst. Keinem Euroland müssen mehr
408 (allzu) stringente Vorgaben gemacht werden, seine im Euro-Korsett verloren gegangene
409 Wettbewerbsfähigkeit durch reale Abwertung seiner Einkommen, Renten und Sozialleistungen
410 vorzunehmen. Die Euroländer können ihre Wettbewerbsfähigkeit dann wieder wie vor der Euro-
411 Einführung durch ihre eigene souveräne Entscheidung über die Veränderung des Wechselkurses der
412 nationalen Währung (z.B. durch Abwertung) wiederherstellen, wie es die moderne
413 Wirtschaftswissenschaft schon seit langem fordert.

414 Für Deutschland würde die Wiedereinführung der Deutschen Mark parallel zum Euro die schrittweise
415 Reduzierung der deutschen Haftung durch Ausstieg aus dem Target2-System und
416 Wegfall der Euro-Rettungsmaßnahmen bedeuten. Die wiedereingeführte D-Mark würde ihre hohe
417 Kaufkraft gegenüber den anderen Ländern (wie vor der Euro-Einführung) analog zur guten
418 Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wiedergewinnen, das heißt aufwerten. Die mit dieser
419 Kaufkraftherhöhung verbundene enorme Kostensenkung auf der Importseite würde erneut zu
420 steigenden Realeinkommen führen, die in der gesamten deutschen Volkswirtschaft wieder allen
421 zugute kämen und nicht nur, wie derzeit, einigen Exportfirmen. Der ehemalige Bundeswirtschafts- und
422 Finanzminister Professor Karl Schiller hat dies einst so formuliert: „Jede Währungs-Aufwertung ist eine
423 Sozial-Dividende für das deutsche Volk, denn ihr könnt danach im Supermarkt alles billiger kaufen“.

424 Das Bundesverfassungsgericht hat 1993 in seinem Maastricht-Urteil konstatiert, dass einem
425 Ausscheiden Deutschlands aus dem Euro-Verbund und damit der Wiedereinführung der DM keine
426 institutionellen Vorkehrungen entgegenstehen, wenn das Ziel einer Stabilitätsgemeinschaft verfehlt
427 wird.

428 Der AfD ist bewusst, dass die Wiedereinführung der nationalen Währung für das jeweilige Euroland
429 nicht ohne zusätzliche einmalige finanzielle Belastungen umsetzbar ist. Diese werden aber durch einen
430 national gestaltbaren Währungs-Wiedereinführungsprozess niedriger sein als bei einem
431 weiteren Verbleib im Eurosystem. Das gilt für alle Euro-Länder - und auch konkret für Deutschland mit
432 sonst im Eurosystem weiterhin unabsehbar steigenden „Euro-Rettungsverpflichtungen“ durch
433 Fremdhaftung, Zinseinbußen und damit letztlich Einkommens- und Vermögensverlusten.

434 Deutschland wird daher bei Wiedereinführung der DM sehr deutlich machen, dass dies nicht gegen die
435 Partnerländer gerichtet ist, sondern dass es um die Korrektur der oben dargestellten
436 katastrophalen Fehlentwicklung des Euro zum Wohle aller Länder der Euro-Zone und damit den
437 Erhalt des sozialen Friedens in Europa geht.

438 Die AfD tritt für die optionale Wiedereinführung nationaler Währungen ein, zunächst parallel zum
439 Euro, um damit in Europa und Deutschland weiterhin den Wohlstand zu sichern, diesen in den
440 heutigen Euro-Krisenländern wiederherzustellen und damit den sozialen Frieden in Europa zu wahren.

441 5.4 Erhalt des Bargelds

442 Unser Bargeld ist in Gefahr. Mit Unterstützung von Bundesregierung, Internationalem Währungsfonds
443 und Europäischer Zentralbank wird seine schleichende Abschaffung vorbereitet.

444 Mit der Abschaffung des Bargelds würde die Rolle des Geldes als unantastbarer und gebührenfreier
445 Wertspeicher eingeschränkt. Eine Abschaffung des Bargelds macht für den Krisenfall die Enteignung

446 von Kontoinhabern möglich. Bargeld ist ein natürliches Bollwerk gegen eine weitere Absenkung der
447 Zinsen bis in den negativen Bereich.

448 Ein Bargeldverbot würde bedeuten, dass Zahlungsvorgänge nur noch elektronisch stattfinden
449 können. Dies eröffnet Staat und Banken die totale Kontrolle über alle Geldströme und Wirtschafts-
450 aktivitäten, über jede finanzielle Handlung der Bürger, unter Umständen sogar über deren
451 Aufenthaltsorte. Aus dem gläsernen Bankkunden würde der gläserne Mensch – Vollüberwachung bis
452 hinein in private, ja intime Lebensbereiche. Mit einem freiheitlichen Rechtsstaat sind solche
453 Kontrollmöglichkeiten nicht vereinbar.

454 Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung als wichtiges
455 bürgerliches Freiheitsrecht.

456 5.5 Keine Haftung für EU-Banken

457 Die AfD verlangt, dass die Bundesregierung sich gegen jede Weiterverfolgung der sogenannten
458 Europäischen Bankenunion und die von der EU-Kommission vorgeschlagene Europäische
459 Einlagensicherung (EDIS) stellt. Mit der Europäischen Bankenunion würden auch die bisher nur
460 kommunal verankerten deutschen Sparkassen, Genossenschaftsbanken und die deutsche private
461 Bankenwirtschaft der EU-Umverteilung unterworfen. Die EDIS wäre mit mehreren Billionen Euro der
462 größte gemeinschaftliche Haftungstopf der EU. Durch diese Vergemeinschaftung würden deutsche
463 Sparer und Bankkunden mit ihrem Einlagengeld für marode Banken in den Mittelmeerländern haften,
464 die bereits heute über 900 Milliarden Euro an uneinbringlichen Kreditforderungen auf den Bilanzen
465 haben. Riesige Ausfälle sind nur eine Frage der Zeit und würden nach Einführung von EDIS direkt
466 deutsche Haftungszahlungen auslösen!

467 Dies wäre ein weiterer Schritt in die von der AfD abgelehnte vertiefte Haftungs- und Transferunion.
468 Die AfD verlangt, dass die deutschen Banken etwaige Haftungen nur auf die nationale Ebene
469 begrenzen und wie bisher eigene Haftungs- und Einlagensicherungs-Verbundlösungen schaffen
470 können, die den unterschiedlichen Profilen der deutschen Bankengruppen Rechnung tragen. Wir
471 treten dafür ein, die nationale Souveränität über die Banken- und Finanzdienstleistungen
472 wiederherzustellen; dieser Wirtschaftsbereich ist für ein reibungsloses Funktionieren unserer
473 Volkswirtschaft lebenswichtig.

474 Die AfD wendet sich gegen jeden Versuch einer europäischen Vergemeinschaftung von Haftungs-
475 risiken, insbesondere aus Bankgeschäften. Die AfD verlangt, die Haftung deutscher Banken für andere
476 EU-Banken weiterhin auszuschließen.

477 5.6 Target 2 beenden

478 Im Zahlungsverkehr der Euro-Zone muss der Ausgleich der offenen Target-Salden zwischen den
479 Nationalbanken wie bis 2007 wieder direkt und taggleich stattfinden, um den Anstieg von nicht
480 realisierbaren Forderungen bei der Deutschen Bundesbank zu vermeiden. Derzeit hat die Deutsche
481 Bundesbank offene Forderungen in Höhe von fast 1.000 Milliarden Euro gegenüber der EZB, deren
482 Beitreibung mangels hinterlegter Sicherheiten ungewiss und juristisch nicht einmal durchsetzbar ist.

483 Als Sofortmaßnahme, noch vor einem „D-Exit“, fordert die AfD darum die Bundesregierung und die
484 Deutsche Bundesbank auf, die bislang geduldete Überbeanspruchung des Verrechnungskontos
485 „Target 2“ zu beenden. Die hoch ausbuchungsgefährdeten Target 2 - Forderungen der Deutschen
486 Bundesbank sind abzuschmelzen, angemessen zu verzinsen und mit Sicherheiten (Gold,
487 Devisenreserven oder anderer Staatsbesitz) zu unterlegen.

488 5.7 Trennung EZB und Bankenaufsicht

489 Die EZB darf nicht Aufsichtsbehörde über die Banken sein, mit denen sie selbst im Rahmen ihrer
490 Geldpolitik zugleich ständig Geschäfte betreibt. Der damit verbundene Interessenkonflikt zwischen
491 Aufsicht und Geldpolitik sorgt immer wieder für Kritik.

492 Die AfD fordert: keine Bankenaufsicht und Zentralbanktätigkeit bei der EZB unter einem Dach.
493 Ausschließlich regional und national tätige Banken (wie z.B. Sparkassen und Volksbanken in
494 Deutschland) sollten ausschließlich nur der nationalen Bankenaufsicht unterliegen.

495 5.8. Mit uns ist Ihr Geld sicher: Absicherung der Bürger gegen die Eurokrise

496 Deutschland muss auch in einem plötzlichen währungspolitischen Krisenfall handlungsfähig sein.

497 Wir wollen deshalb für die Wiedereinführung einer neuen nationalen Währung („Deutsche Mark“)
498 rechtzeitig auch gesetzliche Vorkehrungen treffen.

499 Bei der Wiedereinführung der Deutschen Mark könnte Deutschland das teilweise im Ausland
500 gelagerte Staatsgold als temporäre Deckungsoption benötigen.

501 Die AfD fordert die Bundesregierung und die Deutsche Bundesbank auf, das im Ausland gelagerte Gold
502 vollständig und umgehend nach Deutschland zu überführen.

503 6 DIE NATIONEN SCHÜTZEN!

504 Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union postuliert die „Achtung der Vielfalt der Kulturen
505 und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedstaaten“. Im
506 diametralen Gegensatz zu diesem Versprechen betreiben die politischen Eliten und Institutionen der
507 EU jedoch eine Asyl- und Immigrationspolitik, welche die europäische Zivilisation in existenzielle
508 Gefahr bringt.

509 Allein die Bevölkerungszahl Afrikas wird bis zum Jahr 2050 um 800 Millionen Menschen anwachsen.
510 Aktuelle empirische Erhebungen bestätigen Hunderte von Millionen wanderungswilliger Menschen in
511 diesen Regionen. Zugleich schrumpft und überaltert Europa. In Deutschland leben gegenwärtig nur
512 noch etwa 4 Millionen Männer deutscher Herkunft im Alter von 20 bis 35 Jahren. Eine weitere Öffnung
513 Europas für Zuwanderung aus anderen Kontinenten wird in relativ kurzer Frist unweigerlich zu einer
514 Marginalisierung der einheimischen Bevölkerungen führen.

515 Die Politik der Grenzöffnung wird einen Kulturabbruch historischen Ausmaßes zur Folge haben und
516 stellt überdies die seit der Aufklärung in Europa entwickelten Prinzipien von Volkssouveränität und
517 Demokratie auf den Kopf. Sie löst nicht das demographische Problem, sondern verschärft vielmehr
518 seine Folgen auf dramatische Weise. Vor dem Hintergrund des aggressiv vordringenden Islam riskiert
519 sie die Destabilisierung unserer freiheitlichen Demokratien. Astronomische finanzielle Belastungen
520 vervollständigen das Bild einer Politik zu Lasten der eigenen Bürger.

521 Die Behauptung der EU, nur sie sei in der Lage, übernationale Probleme zu lösen, ist mit der Asylkrise
522 2015 endgültig widerlegt worden. Das EU-Asylrecht hat sich als reines „Schönwetterrecht“ erwiesen,
523 das im Krisenfall niemand befolgt: So sind allein in Deutschland seit 2015 infolge des gescheiterten EU-
524 Systems über 1,5 Millionen Asylanträge gestellt worden, das sind mehr als die Hälfte aller Asylanträge
525 in ganz Europa. Die pseudo-moralischen Alleingänge der Bundesregierung in der Flüchtlingskrise haben
526 darüber hinaus Europa gespalten, den Brexit mit herbeigeführt und Deutschland inzwischen
527 weitgehend isoliert. Die etablierten Parteien Deutschlands geben vor, im Sinne Europas zu handeln,
528 bewirken aber das genaue Gegenteil.

529 Die AfD fordert daher in der Migrationspolitik einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Jegliche
530 Einwanderung nach Europa muss so begrenzt und gesteuert werden, dass die Identität der
531 europäischen Kulturnationen unter allen Umständen gewahrt bleibt.

532 6.1. Nationale Souveränität in der Asyl- und Zuwanderungspolitik wiederherstellen

533 Ausschließlich die nationalen Parlamente haben das Recht und die demokratische Legitimation, über
534 Umfang und Zusammensetzung der Zuwanderung zu bestimmen. Die Asyl- und Zuwanderungspolitik
535 muss daher wieder in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten zurückgegeben werden.

536 Damit unvereinbar sind die beiden UN – Abkommen „Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und
537 reguläre Migration“ („Migrationspakt“, GCM) und „Globaler Flüchtlingspakt“ (GCR). Nach dem Vorbild
538 der USA und zahlreicher anderer westlicher Staaten muss Deutschland aus diesen Abkommen
539 austreten.

540 Das angestrebte Gemeinsame europäische Asylsystem („GEAS“) lehnen wir mit Nachdruck ab.
541 Verbindliche „Flüchtlings“ - Aufnahmequoten für EU-Mitgliedsstaaten dürfen nicht eingeführt werden,
542 denn auch sie bedeuten einen schweren Eingriff in die nationale Souveränität. Die „EU-
543 Migrationsagenda“, die zusätzlich zur Asylgewährung eine fortgesetzte Umsiedlung von Menschen aus
544 Drittstaaten nach Europa beabsichtigt („Resettlement“), stößt auf unseren entschlossenen
545 Widerstand.

546 6.2 Das System der internationalen humanitären Hilfe muss völlig neu gedacht
547 werden

548 Asyl ist ein Gastrecht auf Zeit! Das noch aus dem 20. Jahrhundert stammende heutige Asylsystem,
549 einschließlich der Genfer Flüchtlingskonvention, war für einen eng begrenzten Personenkreis
550 konzipiert und zu keiner Zeit als Steuerungsinstrument für Masseneinwanderung gedacht.
551 Insbesondere ist es in der überkommenen Form nicht geeignet, die sich schon allein aufgrund der
552 Bevölkerungsexplosion in Afrika abzeichnende fortgesetzte Massenzuwanderung zu bewältigen. Es
553 leistet sowohl dem Asylmissbrauch als auch der Schleuserkriminalität Vorschub. Mit einer Anpassung
554 an die anschwellenden globalen Migrationsströme wollen wir es zu einem Schutzsystem des 21.
555 Jahrhunderts fortentwickeln, welches sich auf Hilfe vor Ort konzentriert und so bei vergleichbaren
556 finanziellen Aufwendungen einen viel größeren Teil der tatsächlich Schutzbedürftigen erreicht. Eine
557 Aufnahme einer begrenzten Zahl von Menschen aus humanitären Gründen in Deutschland kann
558 künftig allein auf freiwilliger Basis erfolgen, wobei über Anzahl und Auswahlkriterien der Deutsche
559 Bundestag entscheiden sollte.

560 Kriminelle, sonstige Rechtsbrecher und Terroristen können niemals schutzberechtigt sein. Soweit dem
561 die Europäische Menschenrechtskonvention entgegensteht, ist sie zu ändern.

562 6.3 Überlastung Deutschlands beenden

563 Der Missstand, wonach auf Deutschland die weitaus meisten Asylanträge in Europa entfallen – 2015
564 und 2016 fast zwei Drittel – muss sofort beendet werden. Insbesondere ist auch die freiwillige
565 Übernahme („Relocation“) von Asylbewerbern aus Italien und Griechenland zu stoppen. Anreize im
566 deutschen Asylverfahren – beispielsweise überlange Verfahren, Arbeitsmarktzugang vor
567 Anerkennung, überhöhte Sozialleistungen, unterlassene Abschiebungen – die Asylbewerber innerhalb
568 der EU primär nach Deutschland locken, müssen behoben werden. Abgelehnte Asylbewerber müssen
569 das Land verlassen, einen nachträglichen „Spurwechsel“ (von einem Schutzstatus zu einem
570 Bleiberecht) lehnen wir ab. Es darf zu keiner nachträglichen Legalisierung der illegalen Einreise
571 kommen. Auch anerkannte Asylbewerber dürfen nicht automatisch in einen Daueraufenthalt
572 hineinwachsen. Sobald die Rückkehr in einen Herkunftsstaat möglich ist, muss diese unverzüglich,
573 ausnahmslos und unbürokratisch durchzusetzen sein.

574 6.4 Die künftige Rolle der EU: Operative und administrative Hilfe für die 575 Mitgliedsstaaten

576 Die EU hat sich unter strikter Befolgung des Subsidiaritätsgrundsatzes künftig im Wesentlichen auf
577 operative Hilfestellung für die Mitgliedstaaten bei Abschiebungen sowie bei Verhandlungen über
578 Rückführungsabkommen mit den Herkunftsstaaten zu beschränken. Die aktuelle Praxis der
579 europäischen Grenzschutzagentur Frontex, auf See aufgegriffene Menschen mit Migrationsziel Europa
580 in die EU weiterzutransportieren und damit Hilfsdienste für Schleuser zu verrichten, ist absurd und
581 verkehrt den Zweck einer Agentur für Grenzschutz in sein Gegenteil. Für die Sicherung der
582 Außengrenzen sind in erster Linie die betroffenen Staaten der EU national selbst zuständig, wie dies
583 von Ungarn beispielhaft vorgelebt wird. Reicht dies nicht aus oder verweigert sich ein Land, muss
584 Frontex illegale Grenzübertritte künftig mit einem „robusten Mandat“ verhindern.

585 Ausserdem ist die Einschleusung von Drittstaatern in die EU durch Nichtregierungsorganisationen
586 (NGO) als schwere Straftat zu verfolgen und zu unterbinden.

587 Entwicklungshilfe, die Gewährung von Visa sowie den Marktzugang in die EU wollen wir auf die Staaten
588 beschränken, welche ihre abzuschiebenden Staatsbürger zurücknehmen und nicht
589 eigenverantwortlich Fluchtgründe verursachen. Die EU unterstützt außerdem Staaten in
590 Kriegsregionen beim Wiederaufbau, so dass von dort in die EU geflohene Menschen in ihre Heimat
591 zurückkehren können.

592 6.5 Remigration statt Massenzuwanderung

593 Die millionenfache Aufnahme junger, durchsetzungsfähiger Menschen aus der „Dritten Welt“ in
594 Deutschland und Europa beraubt die Herkunftsstaaten jener Leistungsträger, welche sie gerade zum
595 Aufbau ihrer eigenen Länder dringend benötigen. Dies erzeugt und unterhält einen Teufelskreis noch
596 größerer Verelendung; daher ist Massenzuwanderung selbst eine Fluchtursache, die bekämpft werden
597 muss. Es darf daher keine Zweifel an der Durchsetzung der Rückkehr all jener geben, die hier ihr
598 Asylrecht auf Zeit genießen, wenn sie nicht freiwillig an der Entwicklung ihrer Länder mithelfen wollen.
599 Nicht „Resettlement“, also Umsiedlungsprogramme nach Europa, sind das Gebot der Stunde, sondern
600 das Gegenteil: In Deutschland und Europa müssen Remigrationsprogramme größtmöglichen Umfangs
601 aufgelegt werden.

602 6.6 Grenzschutz ist Bürgerschutz

603 Zum Schutz der Bürger müssen neben EU-Außengrenzkontrollen auch nationale Grenzkontrollen
604 dauerhaft wiedereingeführt werden. Sie erleichtern zugleich die Bekämpfung der organisierten
605 Kriminalität und des internationalen Terrorismus. Das Abkommen von Schengen stellt in seiner
606 jetzigen Form eine Gefahr für die Sicherheit und den Wohlstand der Bürger der EU dar und ist zu
607 reformieren. Deutschland soll die EU künftig nicht mehr um Erlaubnis fragen müssen, wo, wann, auf
608 welche Art und wie lange es Grenzkontrollen durchführt. Denn nach dem Asylgrundrecht (Art. 16 a
609 Abs. 2 Grundgesetz), kann sich nicht auf Asyl berufen, wer aus einem sicheren Drittstaat einreist.
610 Dieser nationale grundgesetzliche Auftrag muss durchgesetzt werden.

611 6.7 EU-Freizügigkeit: Privilegien zurückfahren

612 Die Freizügigkeitsrichtlinie gewährt EU-Bürgern in Deutschland eine Rechtsstellung, die fast vollständig
613 der deutschen Staatsangehörigkeit entspricht. Das führt dazu, dass dauerhafte Sozialhilfeempfänger
614 und sogar Schwerverbrecher so gut wie nie abgeschoben werden. Das muss sich ändern. Auch EU-
615 Bürger, die einem andern EU-Staat zur Last fallen oder sich nicht an Gesetze halten, müssen leicht und
616 dauerhaft des Landes verwiesen werden können.

617 Teilweise genießen in Deutschland lebende EU-Staatsangehörige sogar mehr Rechte als Deutsche.
618 Diese sogenannte „Inländerdiskriminierung“ muss sofort beendet werden.

619 Wir lehnen die Einführung einer EU-Staatsangehörigkeit ab. Staatsangehörigkeit ist und bleibt ein
620 Merkmal souveräner Völker und Staaten.

621 6.8 Keine Freizügigkeit in die Sozialhilfe

622 Die europäische Personenfreizügigkeit hat zu massiven Wanderungsbewegungen innerhalb der EU aus
623 den ärmeren in die reicheren Staaten, besonders nach Deutschland, allein zum Zweck des

624 Sozialhilfebezugs geführt. Die schwach ausgeprägten und betrugsanfälligen Regelungen der
625 Freizügigkeitsrichtlinie reichen nicht aus, um den Missbrauch des großzügigen deutschen
626 Sozialsystems durchgreifend zu verhindern. Armutszuwanderung und Einwanderung in die nationalen
627 Sozialsysteme muss auch auf EU-Ebene unterbunden werden können.

628 Wir fordern daher eine Einschränkung der EU-Personenfreizügigkeit mit dem Ziel, den aufnehmenden
629 Staaten eine Beschränkung der EU-Zuwanderung zu ermöglichen, die nur Personen zulässt, die selber
630 für sich sorgen können.

631 Daneben muss allen EU-Ländern die Möglichkeit eröffnet werden, den Anspruch auf steuerfinanzierte
632 Sozialleistungen für EU-Bürger und ihre Familienangehörigen von einer mindestens zehnjährigen,
633 durchgängig sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ohne staatliche Zuschüsse abhängig zu
634 machen.

635 6.9 Die Türkei gehört nicht in die EU

636 Einen EU-Beitritt der Türkei lehnen wir ebenso strikt ab wie Visaserleichterungen oder gar Visafreiheit
637 für türkische Staatsbürger.

638 Türkische Staatsangehörige genießen hierzulande Sonderrechte, die auf längst überholten Verträgen
639 beruhen. Dazu zählt ihre ausländerrechtliche Bevorzugung nach dem sogenannten
640 Assoziationsratsbeschluss 1/80 und in sozialrechtlicher Hinsicht die Krankenmitversicherung von
641 Eltern nach dem Sozialversicherungsabkommen. Diese ungerechtfertigten Privilegien müssen
642 schnellstmöglich entfallen.

643 7 INNERES, RECHT UND JUSTIZ

644 7.1 Änderung des Schengener Abkommens

645 Aufgrund des Schengener Abkommens finden grundsätzlich keine Grenzkontrollen im Schengen-Raum
646 mehr statt, weshalb zum Ausgleich dafür strenge Kontrollen an den Außengrenzen durchgeführt
647 werden müssten. Die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX hat aber auf ganzer Linie versagt. Anstatt die
648 Außengrenzen der EU vor illegaler Zuwanderung zu schützen, fördert sie diese sogar, indem sie auf See
649 aufgegriffene illegale Migranten in die EU verbringt.

650 Wegen der fehlenden Sicherung der Außengrenzen findet immer noch ein unkontrollierter Zustrom
651 von illegal einreisenden Ausländern statt. Das durch das Schengen-Abkommen geschaffene
652 „grenzenlose Europa“ stellt zunehmend eine Bedrohung für die innere Sicherheit der einzelnen
653 Nationalstaaten dar und schafft erhebliche Risiken im Bereich des Terrorismus. Allein in Deutschland
654 ist die Zahl der Gewaltdelikte und der Gefährder seit 2015 erheblich angestiegen. Die innere Sicherheit
655 ist vielerorts schon jetzt nicht mehr gegeben, wobei illegal eingereiste Täter, häufig lapidar als
656 Flüchtlinge bezeichnet, weit überproportional kriminell geworden sind.

657 Laut Bericht des Bundeskriminalamtes für das Jahr 2017 (BKA-Bundeslagebild 2017 vom Mai 2018)
658 wurden durchschnittlich mehr als 100 Deutsche pro Tag Opfer von Straftaten durch Zuwanderer, wozu
659 auch mindestens sieben Sexualdelikte pro Tag gehören. Allein 2017 wurden 13 Deutsche durch
660 Zuwanderer getötet. Wir tolerieren den Verlust der inneren Sicherheit nicht und kämpfen dafür, dass
661 Einheimische in Deutschland wieder sicher leben können.

662 Es muss daher künftig möglich sein, solchen Personen die Einreise zu verweigern und sie
663 zurückzuschicken. Eine Zurückweisung illegal Einreisender an den Grenzen ist aber nur bei der
664 Durchführung von Kontrollen einreisewilliger Personen möglich. Das Schengener Abkommen bedarf
665 daher einer Änderung, damit die Nationalstaaten wieder durch entsprechenden Grenzschutz die
666 eigene innere Sicherheit gewährleisten können.

667 7.2 Keine „Europäisierung“ der Justiz

668 Seitens der EU wird seit Jahren versucht in immer mehr Bereiche vorzudringen, die nach den EU-
669 Verträgen nur den Nationalstaaten vorbehalten sind, darunter auch die Polizei und Justiz. So sind
670 EUROPOL und EUROJUST entstanden, deren Koordinierungsaufgaben – soweit sie überhaupt sinnvoll
671 sind – auch mit deutlich geringerem personellem und finanziellem Aufwand bewältigt werden
672 könnten.

673 Nunmehr ist die Errichtung einer neuen Superbehörde geplant, nämlich der sogenannten
674 Europäischen Staatsanwaltschaft, ohne dass es hierfür einen ernsthaften Bedarf gäbe. Die AfD wendet

675 sich nicht nur gegen alle Versuche der EU, sich die Zentralkompetenzen einer Bundesregierung
676 anzueignen, was weder im Interesse der Bevölkerung der Mitgliedstaaten wäre, noch ihrem Willen
677 entspräche. Die AfD verlangt statt dessen den Rückbau bereits eingerichteter beziehungsweise im
678 Aufbau befindlicher überflüssiger Justizbehörden.

679 7.3 Abschaffung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

680 Das Inkrafttreten der von der EU beschlossenen DSGVO und der dazu erlassenen deutschen
681 Vorschriften haben zu erheblicher Verunsicherung geführt. In der Folge haben viele kleine und
682 mittelständische Unternehmen ihre Internetauftritte abgeschaltet, um den angedrohten erheblichen
683 Geldbußen zu entgehen. Die Verordnung hat dadurch zu einer regelrechten Entdigitalisierung geführt.
684 Sie trifft nicht die großen, dafür aber die kleinen Unternehmen. Um weitere Schäden von der
685 Wirtschaft abzuwenden, fordert die AfD die sofortige Abschaffung der Vorschrift und Rückkehr zu
686 nationalen Gesetzen bis zu einer endgültigen grundlegenden Novellierung des EU-Rechts.

687 7.4 Freiheit des Internets erhalten

688 Die AfD tritt allen Versuchen entgegen, die Meinungsfreiheit, insbesondere im Internet, unter
689 welchem Vorwand auch immer außerhalb rechtmäßigen behördlichen Einschreitens zu begrenzen. Wir
690 lehnen die geplante Einführung von Upload-Filtern daher ebenso kategorisch ab wie Überlegungen,
691 eine Zensur sozialer Medien im staatlichen Auftrag nach dem Muster des deutschen
692 Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) auf EU-Ebene einzuführen.

693 7.5 Islam – Gefahr für Europa

694 Europa ist wesentlich geprägt von der griechisch-römischen Antike, dem Juden- und Christentum, der
695 Aufklärung und den Menschenrechten. Im Geiste von Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie wollen wir
696 dieses Europa für uns und unsere Nachkommen dauerhaft erhalten. Wir werden Europa gegen einen
697 Islam verteidigen, der auf der Basis von Koran und Sunna mit den europäischen Grundprinzipien von
698 Recht, Freiheit und Demokratie nicht vereinbar ist, einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion
699 erhebt und die Scharia durchsetzen will.

700 Der Islam trennt nicht zwischen Staat und Religion und ist damit auch eine politische Ideologie. Die
701 Scharia regelt totalitär das gesamte Leben der Muslime und alle Bereiche der islamischen Gesellschaft.
702 Religionsfreiheit ist dem Islam fremd. Zahlreiche Koranverse fordern den Kampf gegen Nichtmuslime
703 bis hin zur Tötung von Andersgläubigen. Freundschaft mit „Ungläubigen“ ist Muslimen laut Koran
704 verboten. Die Geschlechter sind nicht gleichberechtigt, Frauen werden unterdrückt, und
705 Homosexualität ist ein Verbrechen. Täuschung ist als Taqiyya erlaubt, wenn sie dem Islam nützt.

706 Die AfD erkennt die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. Sie fordert, konsequent die
707 Menschenrechte zu verteidigen. Insbesondere ist der Ausübung der Religionsfreiheit Grenzen zu
708 setzen, sofern dadurch die Grundrechte anderer verletzt werden. Staatliches Recht muss in der
709 säkularen Ordnung Europas über religiösen Geboten und Traditionen stehen. Eine Kritik am Islam muss
710 vom Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sein.

711 Der imperialistische Islam, der seit dem frühen Mittelalter Teile Europas jahrhundertlang beherrscht
712 hatte, expandiert seit über fünfzig Jahren in europäischen Staaten durch die Einwanderung von
713 Muslimen und ihre höhere Geburtenrate. Nur eine Minderheit der Muslime ist säkular eingestellt und
714 gesellschaftlich voll integriert. Die Integration der meisten Muslime in Europa scheitert derzeit und
715 wird umso mehr fehlschlagen, je stärker ihre Zahl wächst. In europäischen Großstädten haben sich
716 muslimische Ghettos entwickelt, in denen Friedensrichter die Scharia praktizieren. Das Konzept des
717 Multikulturalismus hat sich als Illusion erwiesen. Mit der Gefährdung des Friedens, unserer Rechts-
718 und Werteordnung sowie unserer Kultur durch die Ausbreitung des Islams werden wir uns nicht
719 abfinden. Wir wollen nicht in wenigen Jahrzehnten selbst zur Minderheit werden und unser freies und
720 vielfältiges Europa an den Islam verlieren.

721 Die ständig drohende Terrorgefahr sowie jegliche Radikalisierung von Muslimen werden wir
722 entschlossen bekämpfen. Moscheen dürfen nicht vom islamischen Ausland finanziert werden.
723 Minarette sind als islamische Herrschaftszeichen ebenso zu verbieten wie der Muezzinruf, nach dem
724 es außer Allah keinen anderen Gott gibt. Öffentliche Freitagsgebete sollen als religiöse
725 Machtdemonstrationen nicht gestattet sein. Antisemitismus in Wort und Tat muss konsequent
726 bekämpft werden. Burka und Niqab sind als Hindernis für die soziale Kommunikation gemäß einem
727 Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu untersagen. Das Kopftuch soll als religiös-
728 politisches Zeichen nicht im öffentlichen Dienst getragen werden. Polygamie, Zwangsheirat und
729 Kinderehen wollen wir durch ein Verbot von Imam-Ehen unterbinden.

730 Die AfD ist überzeugt, dass nur ein entschlossenes gemeinsames Handeln aller europäischen Staaten
731 die drohende Islamisierung Europas verhindern kann. Denn noch nie in der Geschichte Europas war
732 diese Gefahr so groß wie heute, auch wenn dies viele nicht erkennen wollen.

733 8 SOZIALES UND EU

734 8.1 Zuwanderung und Soziales

735 Die AfD steht für eine gerechte und faire Sozialpolitik, wobei eine nachhaltige, generationengerechte
736 Ausgestaltung der Sozialversicherungssysteme elementar ist. Die AfD ist der Überzeugung, dass es in
737 Deutschland eine verlässliche soziale Absicherung für Arbeitslose und Geringverdiener geben muss,
738 die ein menschenwürdiges Leben und ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe gewährleistet. Dies ist
739 jedoch nur realisierbar, wenn der Kreis der zu Unterstützenden in angemessenem Verhältnis zu den
740 Ressourcen steht. Die unkontrollierte Massenzuwanderung von unzureichend qualifizierten Menschen
741 nach Deutschland, aber auch in andere EU-Länder, muss deshalb unterbunden werden. Auch innerhalb
742 der EU muss das Subsidiaritätsprinzip praktiziert werden, wonach zunächst die jeweiligen
743 Herkunftsländer zur Unterstützung notleidender Staatsangehöriger verpflichtet sind.

744 Die verfrühte Aufnahme von Ländern, in denen pro Einwohner wesentlich weniger
745 Bruttoinlandsprodukt erzielt wird als im Durchschnitt der EU, führt zu verstärkter Binnenmigration auf
746 Basis der EU-Freizügigkeitsrichtlinie. Das Sozialstaatsprinzip in Ländern wie Deutschland steht daher in
747 einem Spannungsfeld zur freien Wohnsitzwahl der Arbeitnehmer aus den Mitgliedsländern, dem
748 Prinzip der Nichtdiskriminierung sowie der sozialen Inklusion für alle Bürger. Langfristig drohen eine
749 Überforderung des Sozialbudgets und die Erosion des Sozialstaates.

750 8.2 Zuwanderung von Arbeitskräften

751 Im gemeinsamen Wirtschaftsraum ist eine an den Bedürfnissen der nationalen Arbeitsmärkte
752 ausgerichtete Mobilität von Arbeitskräften wertvoll. Mit der Digitalisierung der Arbeitswelt könnte
753 eine qualifizierte Zuwanderung, durch welche der Bedarf der Wirtschaft an qualifizierten
754 Arbeitskräften gedeckt wird, erforderlich sein. Die Zuwanderung von Arbeitskräften muss aber immer
755 am jeweiligen Arbeitsmarkt orientiert sein. Andernfalls besteht die Gefahr von Lohndumping und
756 damit einhergehend das Absinken von Teilen der Arbeiterschaft in die Sozialsysteme. Ausländische EU-
757 Arbeitnehmer sind in den Mitgliedsstaaten, in denen sie Beschäftigung finden, genauso zu entlohnen
758 und müssen den gleichen gesetzlichen Regelungen unterliegen wie inländische Arbeitnehmer. Nicht
759 zuletzt wird so auch eine stärker qualifikationsbezogene Zuwanderung von Arbeitskräften befördert.
760 Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen, wie beispielsweise das Entsendegesetz, sind weitgehend
761 ausreichend. Allerdings verlangt die AfD wirkungsvolle Kontrollen zu ihrer Einhaltung. Der Missbrauch
762 von Leiharbeit und Werkverträgen mit niedrig entlohnenden ausländischen Arbeitskräften in Deutschland
763 führt zu Lohndumping und ist strikt zu unterbinden.

764 8.3 Keine europäische Sozialunion

765 Die sozialen Sicherungssysteme der verschiedenen EU-Länder sind höchst unterschiedlich geregelt.
766 Gleiches gilt für die Arbeitsmärkte. Die sich daraus ergebende Vielfalt wollen wir im Sinne des
767 Wettbewerbs der Systeme innerhalb der EU erhalten. Erfolgreiche Länder sind Vorbild für die anderen.
768 Keinesfalls darf es zu einer Vereinheitlichung von Sozialsystemen wie beispielsweise der
769 Arbeitslosenversicherung kommen.

770 8.4 Sozialleistungen für EU-Ausländer

771 Bevor EU-Ausländer im Sozialrecht mit Deutschen gleichgestellt werden, soll bei Bedürftigkeit der
772 jeweilige Herkunftsstaat zuständig bleiben. Asylbewerber im laufenden Verfahren und abgelehnte
773 Asylbewerber sollen durchgängig nur Sachleistungen auf dem Niveau des Asylbewerbergesetzes
774 erhalten, anerkannte Asylbewerber mit einem vorläufigen Bleiberecht nur Sachleistungen auf dem
775 Niveau der Grundsicherung. Flüchtlinge, die nach der Genfer Flüchtlingskonvention ein vorläufiges
776 Aufenthaltsrecht haben, sollen nur Sachleistungen auf Basis der Grundsicherung erhalten.

777 Die Höhe von Kindergeldzahlungen für Kinder, die nicht in Deutschland leben, sind an die Verhältnisse
778 (Leistungen) des Herkunftslandes anzupassen.

779 8.5 Keine europäische Arbeitsagentur

780 Die AfD lehnt die Einführung einer europäischen Arbeitsagentur (ELA) ab. Wir setzen uns dafür ein,
781 dass Ausländer aus EU-Staaten und aus Dritt-Staaten erst dann Sozialleistungen wie ähnlich denen
782 deutscher Staatsbürger erhalten, wenn sie zehn Jahre ununterbrochen im Inland steuerpflichtige
783 Einkünfte erzielen und mit diesen ihren Lebensunterhalt ohne staatliche Hilfe oder Hilfe von Dritten
784 bestreiten konnten.

785 9 SUBSIDIARITÄT IN DER GESUNDHEITSPOLITIK BEWAHREN

786 Die Gesundheitspolitik in der Europäischen Union ist bisher vor allem eine Angelegenheit der
787 Nationalstaaten. Infolge dessen war die Einflussnahme der EU auf die deutsche Gesundheitspolitik bis
788 heute eher gering. Es lässt sich allerdings beobachten, dass seit einiger Zeit, insbesondere aufgrund
789 des europäischen Wirtschafts- und Wettbewerbsrechtes, eine weitergehende Einflussnahme auf die
790 nationalen Gesundheitssysteme erfolgt, die vorgeblich der "Unterstützung" der Mitgliedstaaten im
791 Bereich der Gesundheitspolitik dienen soll. Der zunehmende Einfluss der EU ergibt sich dabei weniger
792 durch direkte Einflussnahme der europäischen Gesetzgebung ("Lissabon-Vertrag"), sondern eher
793 durch die Hintertür der Rechtsprechung des EuGH, dessen Entscheidungen unmittelbar wirksam sind
794 ("Richterrecht") und zunehmend die Gesundheits- und Sozialpolitik bestimmen. Obwohl der Lissabon-
795 Vertrag für den Bereich des nationalen Gesundheitswesens ausdrücklich das Subsidiaritätsprinzip
796 betont, wird dieses jedoch durch eine Priorisierung des europäischen Wettbewerbsrechts und der
797 laufenden Rechtsprechung des EuGH konterkariert. Daneben bereitet auch schon die Europäische
798 Normierungsplattform CEN zurzeit eine Strategie zur systematischen Standardisierung von
799 Gesundheitsleistungen vor.

800 Wir fordern, dem Subsidiaritätsprinzip in der Gesundheitspolitik den Vorrang vor indirekten
801 Einflussnahmen der europäischen Wirtschaftspolitik einzuräumen. Es muss eine gesetzgeberische
802 Klarstellung erfolgen, dass die Gesundheitspolitik ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der
803 nationalen Gesetzgebung fällt. Hierzu gehört auch die Bewahrung der Rechtsstellung der freien Berufe.

804 9.1 Schutz der Bevölkerung vor Infektionskrankheiten und Epidemien

805 Seit Beginn der Flüchtlingskrise erfolgt ein signifikanter Anstieg meldepflichtiger
806 Infektionskrankheiten, vermehrt auch mit resistenten Erregern. So entfallen in Deutschland z.B. von
807 4.900 Tuberkulose-Neuinfektionen pro Jahr ca. 1.300 auf Migranten.

808 Derzeit gibt es keine einheitlichen, obligaten Untersuchungen in Europa bei Migranten. Dies stellt eine
809 erhebliche Gefährdung für die Gesundheit der einheimischen Bevölkerung und des medizinischen
810 Personals dar. Dabei ermöglicht die rechtzeitige Diagnosestellung von Infektionen nicht nur einen
811 raschen Therapiebeginn, sondern kann dabei helfen, die Ausbreitung von Erkrankungen
812 einzudämmen.

813 Zum Schutz der einheimischen Bevölkerung ist ein verbindliches und einheitliches
814 Gesundheitsschutzprogramm einzuführen, für das der jeweilige Zutrittsstaat zuständig ist. Es soll die
815 Diagnose ansteckender Krankheiten sowie Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung umfassen.
816 Weitergehende Regelungen auf nationaler Ebene bleiben davon unberührt.

817 Verbindliche Untersuchungen von anerkannten Migranten müssen alle meldepflichtigen
818 Erkrankungen umfassen. Folgende Infektionen haben hierbei Priorität: TBC, HIV, Hepatitis, parasitäre
819 Darmerkrankungen, Lues, ansteckende Hauterkrankungen, Masern, Polio. Bei Änderung der
820 Gefahrenlage muss der Umfang der Untersuchungen unbürokratisch angepasst werden können.

821 Alle Untersuchungsergebnisse sowie der aktuelle Gesundheitsstatus sollen auf einem biometrischen
822 Gesundheitspass dokumentiert werden.

823 Der freie Zugang zu allen Informationen und Daten in Bezug auf die Migration ist auch beim
824 Gesundheits- und Infektionsschutz zu gewährleisten. Dies betrifft insbesondere die
825 Veröffentlichungen des Robert-Koch-Institutes zu meldepflichtigen Infektionskrankheiten, die 2018
826 aus politischen Gründen ausgesetzt wurden.

827 9.2 Keine weitere Krankenhausprivatisierung durch europaweit agierende 828 Gesundheitskonzerne

829 Die Krankenhauslandschaft hat sich in Deutschland in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. Das
830 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) aus dem Jahr 1972 sah in der stationären Krankenversorgung
831 zwar eine Trägervielfalt vor, die aus öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Krankenhäusern
832 bestehen sollte. Seitdem hat sich aber der Marktanteil privater Krankenhäuser vervielfacht, während
833 der Anteil der öffentlichen und konfessionellen Krankenhäuser in gleichem Maße zurückgegangen ist.

834 Die Folgen der zunehmenden Privatisierung der Krankenhauslandschaft sind bisher kaum öffentlich
835 thematisiert worden. Das Grundverständnis und die Betriebsziele von gemeinnützigen oder
836 konfessionellen Krankenhäusern sind andere als die von marktwirtschaftlich agierenden
837 Krankenhausketten, die eine Umsatzrendite von 12-15% erwarten und diese nicht zuletzt aufgrund
838 von Personaleinsparungen, insbesondere im Pflegebereich, auch tatsächlich erzielen. Weiterhin ist
839 damit zu rechnen, dass die EU-Kommission die Praxis der deutschen Krankenhausfinanzierung, die eine
840 Investitionsfinanzierung der öffentlichen Hand vorsieht, verstärkt unter Wettbewerbsgesichtspunkten
841 ins Auge fassen wird. Ein Eingriff in dieses System würde insbesondere die öffentlichen und
842 gemeinnützigen bzw. konfessionellen Krankenhausträger unter weiteren Privatisierungsdruck setzen.

843 Die vom Gesetzgeber vorgesehene Trägervielfalt im Krankenhauswesen darf nicht zu einer
844 weitgehenden Privatisierung und Öffnung des "Krankenhausmarktes" für europaweit agierende
845 Gesundheitskonzerne führen. Die Zuständigkeit der Krankenhausplanung auf der Ebene der deutschen
846 Bundesländer muss erhalten bleiben. Der gesetzlich verankerte Sicherstellungsauftrag der öffentlichen
847 Hand muss auch bei dieser verbleiben. Dies gilt sinngemäß auch für stationäre Pflegeeinrichtungen
848 und für Medizinische Versorgungszentren (MVZ).

849 9.3 Keine europaweite Organspendepflicht

850 Als Folge einiger Skandale ist die Bereitschaft, Organe zu spenden, deutlich zurückgegangen. Um
851 diesen Rückgang an Spenderorganen zu kompensieren, werden verschiedene Modelle diskutiert:
852 Einerseits eine erhöhte Werbung für die in Deutschland geltende „Einwilligungsregelung“, bei der zu
853 Lebzeiten des Spenders die Einwilligung in die Organspende durch einen Organspenderausweis
854 dokumentiert wird und andererseits die „Widerspruchsregelung“, bei der im Falle eines Hirntodes
855 grundsätzlich und ohne Rücksprache mit den Angehörigen Organe entnommen werden können, sofern
856 nicht ein ausdrücklicher Widerspruch des Betroffenen zu Lebzeiten beurkundet wurde. Bei der
857 Widerspruchsregelung wird offensichtlich mit einer gewissen "Nachlässigkeit" der Bürger bei der
858 Regelung dieser Angelegenheit gerechnet. Die Frage der Organspende ist jedoch keine rein
859 medizinische, sondern eine überwiegend ethische. Die Entscheidung zur Organspende kann nur beim
860 Betroffenen liegen, der diese in voller Kenntnis der hiermit zusammenhängenden Abläufe treffen
861 muss. Eine ausdrückliche Pflicht, auch wenn diese als Widerspruchslösung getarnt wird, ist mit dem
862 Selbstbestimmungsrecht und der Freiheit der Person grundsätzlich nicht vereinbar.

863 Medizinisch-ethische Fragen, die unser Grundverständnis von Menschenwürde betreffen, sind
864 ausschließlich auf der nationalen Ebene und unter Berücksichtigung der freien Entscheidung der
865 Menschen zu treffen. "Europäische" Regelungen sind in diesem Bereich strikt abzulehnen.

866 9.4 Flächendeckende Arzneimittelversorgung sichern.

867 Für die Gewährleistung der flächendeckenden und qualifizierten Versorgung mit Arzneimitteln müssen
868 insbesondere die inhabergeführten Apotheken erhalten bleiben. Dies ist gerade für strukturschwache
869 Regionen von Bedeutung, wo die Apotheke oder der Arzt im Ort zu den wesentlichen Voraussetzungen
870 für eine regionale Strukturpolitik gehören.

871 Im Wesentlichen finanzieren sich die Apotheken durch den Handel mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln.
872 Dieses Geschäftsfeld wird durch ausländische Versandapotheken bedroht, die im Gegensatz zu den
873 inländischen Apotheken Boni und Rabatte gewähren dürfen. Damit entsteht ein deutlicher
874 Wettbewerbsnachteil der einheimischen Apotheken. Deutschland gehört zu den sieben von 28 EU-
875 Staaten, die bisher den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln zum Nachteil der eigenen
876 Apotheken erlaubt haben. Der Großteil der EU-Länder hat aus guten Gründen den Versandhandel mit
877 rezeptpflichtigen Medikamenten nicht erlaubt. Der Versandhandel mit nicht rezeptpflichtigen
878 Medikamenten bleibt jedoch weiterhin gestattet.

879 Der Versandhandel mit rezeptpflichtigen Medikamenten ist auch in Deutschland, wie in den meisten
880 EU-Ländern, nicht mehr zu gestatten.

881 9.5 Bewahrung des Berufsbildes des Heilpraktikers

882 Der in Deutschland in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts eingeführte Berufsstand des
883 Heilpraktikers sieht sich Bestrebungen ausgesetzt, dieses Berufsbild grundsätzlich zu negieren bzw.
884 den "Heilpraktiker" abzuschaffen. Der EuGH hat bereits im Jahre 2002 das grundsätzliche Verbot der
885 Berufsausübung in Österreich als im Einklang mit europäischem Recht stehend bestätigt. Insofern kann
886 davon ausgegangen werden, dass der Heilpraktiker in Deutschland früher oder später ins Visier des
887 EuGH geraten wird. Sicherlich muss das deutsche Heilpraktikergesetz nachgebessert werden,
888 insbesondere was die Einheitlichkeit sowie die Qualitäts- und Prüfungsstandards der Ausbildung
889 anbelangt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass dem Bürger diese Behandlungsmöglichkeit grundsätzlich
890 genommen werden darf. Letztlich ist der Patient selbst dafür verantwortlich, von wem er sich
891 behandeln lässt. Eine Kostentragungspflicht der GKV (Gesetzlichen Krankenversicherung) ist hiermit
892 jedoch nicht verbunden.

893 Das Berufsbild des Heilpraktikers in Deutschland ist zu schützen und weiterzuentwickeln. Eine
894 Abschaffung oder wesentliche Beeinträchtigung durch europäische Institutionen ist abzulehnen.

895 10 FAMILIENPOLITIK

896 Die Familie ist die Keimzelle jeder Gesellschaft und steht deshalb in Deutschland unter dem
897 besonderen Schutz des Grundgesetzes. Die AfD bekennt sich in ihrer Familienpolitik zum klassischen
898 Leitbild der Familie, in der Vater und Mutter in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre
899 Kinder sorgen. Andere Formen des Zusammenlebens sind zu respektieren, aber nicht zu fördern. Wir
900 streben Chancengleichheit für Frauen und Männer an, lehnen aber Gleichstellungsmaßnahmen gemäß
901 der Gender-Ideologie mit ihrer Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen ab.

902 Wir sehen Kinder sowohl für jeden Einzelnen als auch für unsere Gesellschaft als sinnstiftendes,
903 bereicherndes, lebensnotwendiges Element und nicht als Kostenfaktor. Ohne Familien mit Kindern
904 können unsere europäischen Gesellschaften, unsere Kultur und Freiheit nicht bestehen bleiben. Für
905 die AfD stehen daher die originären Bedürfnisse von Kindern im Mittelpunkt ihrer Familienpolitik.

906 Nicht nur Deutschland, sondern nahezu alle europäischen Staaten kämpfen mit den Folgeproblemen
907 einer niedrigen Geburtenrate und zunehmenden Alterung der Gesellschaft. 2016 schaffte es nach
908 Eurostat kein einziges Land der EU 28, die Todesfälle durch Geburten auszugleichen. Demografische
909 Prognosen erwarten eine Halbierung der Bevölkerung Europas ohne Wanderungsbewegungen bis zum
910 Jahr 2100. Eine aktivierende Bevölkerungspolitik wird in solchen Prognosen jedoch nicht erwogen.

911 Viele europäische Regierungen versuchen, den Bevölkerungsschwund durch Zuwanderung
912 auszugleichen, obwohl dies nachweislich nicht gelingen kann und zu massiven Problemen beim
913 kulturellen und sozialen Zusammenhalt führt. Die AfD befürwortet hingegen eine explizit Geburten
914 fördernde Familienpolitik, wie sie unter anderem von Frankreich, Polen und Ungarn bereits
915 ansatzweise umgesetzt wird. Zuwanderung löst keines der in der demografischen Entwicklung
916 wurzelnden Probleme Europas, sie verschärft die Konkurrenz um Ressourcen und bedroht den sozialen
917 Frieden, ohne substantiell zur Wertschöpfung beizutragen.

918 10.1 Eigenverantwortung der Familien stärken

919 Familien sollten ihre Angelegenheiten am besten selbständig und eigenverantwortlich regeln. Nur
920 wenn dies nicht gelingt, ist Hilfe zur Selbsthilfe auf ausschließlich nationalstaatlicher Ebene zu leisten.

921 Die EU darf daher nicht in Familien hineinregieren, ihren Lebensentwurf beeinflussen oder gar konkret
922 durch Quoten steuern. Dies führt zu gesellschaftlichen Verwerfungen und neuen Diskriminierungen.
923 Indem die Europäische Union gesellschafts- und familienpolitische Handlungsfelder zunehmend an
924 sich zieht, verletzt sie das elementare Subsidiaritäts-Prinzip, auf das sie sich selbst verpflichtet hat.

925 Die AfD wird sich allen Bestrebungen zur Aushöhlung des Subsidiaritätsprinzips im EU-Parlament
926 energisch widersetzen und lehnt jede Verknüpfung finanzieller Zuwendungen mit der Durchsetzung
927 ideologischer Ziele strikt ab.

928 Die EU hat nicht über ethische und moralische Fragen zu entscheiden. Die Gesetzgebungskompetenz
929 zu allen ethischen und familienpolitischen Themen, insbesondere beim Lebens-, Selbstbestimmungs-,
930 Eheschließungs- und Scheidungsrecht, muss bei den Nationalstaaten verbleiben.

931 10.2 Bürger für Demografierisiken sensibilisieren

932 Die Folgen des demografischen Niedergangs sind für Europa katastrophal: Immer weniger junge
933 Menschen müssen für immer mehr ältere Menschen Rente und Gesundheitsausgaben erwirtschaften
934 und die wachsenden Steuerlasten aufbringen, wodurch die Sozialsysteme erodieren und die
935 Verschuldung der öffentlichen Haushalte ins Unbezahlbare wächst. Zudem haben es diese wenigen
936 Nachkommen schwerer, die reiche und vielfältige Kultur Europas zu bewahren und an künftige
937 Generationen weiterzugeben. Das Wertschöpfungspotential der europäischen
938 Leistungsgesellschaften droht durch den Mangel an von unserer Innovations- und Leistungskultur
939 geprägten Nachkommen drastisch einzubrechen. Der Wettbewerb zwischen Kulturen wird in hohem
940 Maße über die Größe ihrer Population beeinflusst. Zivilisationen, die ihre Bevölkerung verlieren,
941 verschwinden eines Tages aus der Geschichte.

942 Die EU-Bürger müssen sachgerecht und deutlich stärker als bisher für die demografische Krise und
943 deren massive Konsequenzen für jeden einzelnen Bürger sensibilisiert und über Ursachen und
944 Lösungsstrategien aufgeklärt werden. Wir fordern daher auf europäischer Ebene eine
945 Schwerpunktsetzung und Umwidmung von Forschungsmitteln auf eine politisch unabhängige
946 Forschung zur demografischen Krise und zu aktivierender Familienpolitik in den Mitgliedsstaaten.
947 Dadurch soll die Bevölkerung regelmäßig in verständlicher Form informiert sowie Parlamente und
948 Regierungen mit länderspezifischen Konzepten beraten werden. Ein Ziel dieser Forschung sollte ein
949 europaweiter Standard für Statistiken sein, der z.B. durchgängig zwischen verschiedenen
950 Zuwanderergruppen und Einheimischen unterscheidet.

951 10.3 Gesellschaftliche Leistung von Familien würdigen

952 Die Familie ist die unabdingbare Voraussetzung für den Fortbestand einer Gesellschaft. Von den
953 Leistungen, die innerhalb der Familien erbracht werden, profitieren alle. Die Kosten, die Arbeit und
954 der dafür nötige Verzicht werden allerdings in den zunehmend individualistischen europäischen
955 Gesellschaften nur von den Familien getragen. Durch diese Gerechtigkeitslücke entscheiden sich
956 immer weniger Paare für (mehrere) Kinder.

957 Der rapide Rückgang von Mehrkindfamilien in den Mittelschichten und die hohe Zahl der Kinderlosen
958 unter den Leistungsträgern sind die Hauptgründe für die demografische Krise der westlichen
959 Gesellschaften. Hauptursache hierfür sind wiederum das hohe Armutsrisiko bei Mehrkindfamilien (ab
960 drei Kindern) sowie die dramatische Zunahme von – wiederum oft von Armut und Überlastung
961 geplagten – Alleinerziehenden. Hinzu kommt die sehr geringe Wertschätzung von Eltern und ihrer
962 Erziehungsarbeit durch Politik, Medien, Wirtschaft und Gesellschaft.

963 Als einziger Lösungsansatz für das Armutsrisiko wird aktuell die Erwerbstätigkeit beider Elternteile
964 gefordert und gefördert, was Eltern zu doppelter Berufstätigkeit und externer Betreuung nötigt. Dies
965 führt zu einer Überforderung von Mehrkindfamilien, deren Kinder häufig weniger
966 Entwicklungschancen haben. Gerade in den ersten drei Lebensjahren ist aus
967 entwicklungspsychologischer Sicht eine externe Betreuung von Kleinkindern problematisch.
968 Tragfähige Konzepte für eine echte Leistungsgerechtigkeit sind nicht erkennbar.

969 Die AfD fordert daher die Umwidmung europäischer Forschungsmittel für nationale
970 Forschungsprojekte zu einem wirksamen Familienlasten- und -leistungsausgleich im Kontext der
971 jeweiligen nationalen Steuer- und sozialen Sicherungssysteme. Die Zusammenhänge zwischen einer
972 gezielten Förderung von Mehrkindfamilien und der Geburtenrate sollen systematisch untersucht
973 werden. Konzepte zur Überwindung realer Benachteiligungen von Familien gegenüber Kinderlosen
974 und zur Verbesserung der Lebensqualität von Familien sind herauszuarbeiten.

975 10.4 Abtreibung ist kein Menschenrecht

976 Das Lebensrecht des ungeborenen Kindes steht dem Wunsch auf Abtreibung entgegen. Beim
977 sorgfältigen Abwägen der Interessen muss Abtreibung die absolute Ausnahme bleiben, z.B. bei
978 krimineller oder bei bestimmten medizinischen Indikationen. Bei jährlich etwa 100.000 gemeldeten
979 Abtreibungen in Deutschland ist weder das Lebensrecht der Kinder ausreichend geschützt noch kann
980 davon ausgegangen werden, dass die Schwangeren hinreichend über Abtreibungsfolgen wie das Post-
981 Abortion-Syndrom (PAS) und über Hilfsangebote aufgeklärt wurden. Dieser Zustand ist einer
982 freiheitlichen und rechtsstaatlichen Gesellschaft unwürdig und zutiefst beschämend. Aktuell
983 versuchen einflussreiche Gruppierungen in der EU Abtreibung zur Normalität oder sogar zum
984 „Menschenrecht“ zu erklären, einige bezeichnen gar das Fehlen von Abtreibungsmöglichkeiten als
985 „Folter“.

986 Dieser grotesken Bagatellisierung und Verharmlosung der Abtreibung wird die AfD im
987 Europaparlament entschieden entgegentreten. Abtreibung ist kein Menschenrecht wie das
988 Lebensrecht und das Recht auf körperliche Unversehrtheit! Wir werden uns dafür einsetzen, dass
989 werdende Mütter alle erdenklichen Hilfen und jede nur mögliche Unterstützung in der
990 Schwangerschaft und darüber hinaus erhalten.

991 10.5 Kinder sind keine Konsumgüter

992 In unseren europäischen Gesellschaften ist die bedenkliche Tendenz zu beobachten, dass Kinder
993 immer häufiger als Mittel zur Abrundung der individuellen Lebensgestaltung betrachtet werden, selbst
994 wenn dies biologisch nicht möglich ist. Dabei wird zunehmend ein „Recht auf Kinder“ gefordert, das
995 durch die Legalisierung von Leihmutterschaften und Adoptionsquoten für gleichgeschlechtliche Paare
996 umgesetzt werden soll.

997 Für die AfD sind Kinder keine Objekte zur Bedürfnisbefriedigung, sondern eigenständige
998 Persönlichkeiten mit individuellen Rechten, die wir gleichsam als Geschenk und Aufgabe betrachten.
999 Daher lehnen wir ein „Recht aufs Kind“ und Leihmutterschaften ab. Adoptionen – auch durch
1000 gleichgeschlechtliche Paare – sollen weiterhin auf nationaler Ebene geregelt werden.

1001 10.8 Kindergeldmissbrauch beenden

1002 Allein im Jahr 2017 wurden knapp 345 Millionen Euro in Deutschland erwirtschaftete Steuern als
1003 Kindergeld ins Ausland gezahlt, wobei die Sätze der Empfängerländer fast ausnahmslos deutlich unter
1004 den deutschen Sätzen lagen. Das ist ungerecht und schafft erhebliche Anreize zur Sozialmigration.

1005 Wir fordern, dass nur hier auch arbeitende Ausländer Kindergeld erhalten und dies nur in Höhe der
1006 Sätze der Länder, in denen ihre Kinder tatsächlich leben. Diese Regelung sollte europaweit umgesetzt
1007 werden.

1008 11 BILDUNG UND KULTUR

1009 Bildung

1010 Ein leistungsorientiertes Bildungswesen, das sich an den unterschiedlichen Traditionen und
1011 Bedürfnissen der Nationalstaaten ausrichtet, ist die Grundlage unseres Wohlstands und wesentlicher
1012 Bestandteil unserer Kultur. Bildungspolitik – Politik für Schule, Berufsausbildung und Hochschule –
1013 muss daher in nationaler Kompetenz verbleiben. Den Einfluss von internationalen Organisationen,
1014 Konzernen und Lobbygruppen auf unser Bildungswesen lehnen wir entschieden ab. Insgesamt müssen
1015 sich die Standards des Bildungswesens an den Anforderungen der jeweils weiterführenden nationalen
1016 Bildungseinrichtungen ausrichten, damit der angestrebte Übergang erfolgreich gelingen kann. Wir
1017 fordern die Abkehr von geschwätziger Kompetenzorientierung und die Rückkehr zur Vermittlung des
1018 Fachwissens als zentrales Anliegen von Bildungseinrichtungen. An den Hochschulen in den
1019 Mitgliedsstaaten ist die jeweilige Landessprache als Lehrsprache zu erhalten.

1020 Der Versuch, Studiengänge im Rahmen des Bologna-Prozesses EU-weit anzugleichen, ist gescheitert
1021 und hat zu einer Verschulung des Studiums, einer Niveauabsenkung, vermehrter Bürokratie und einem
1022 Verlust an akademischer Freiheit für Studenten und Dozenten geführt. Die Vergleichbarkeit von
1023 Abschlüssen in der hohen Zahl von Studiengängen wurde durch den Zwang zur Profilierung sogar
1024 deutlich erschwert. Die EU beabsichtigt den Bologna-Prozess weiter auszubauen, Bildungsangebote an
1025 kurzlebigen ökonomischen und politischen Interessen auszurichten, den wissenschaftlichen Charakter
1026 eines Studiums auszuhöhlen und Einfluss auf die Gestaltung der Curricula zu nehmen. Das Ziel der EU,
1027 die Bildungspolitik zu zentralisieren und einer länderübergreifenden Kontrolle zu unterwerfen, lehnen
1028 wir entschieden ab. Die AfD fordert ausschließlich nationale Zuständigkeiten in der Bildungspolitik.
1029 Ebenso muss die Entscheidung über die Anerkennung ausländischer Abschlüsse den Nationalstaaten
1030 vorbehalten bleiben.

1031 11.1 Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und Lehre 1032 wiederherstellen

1033 Deutschland muss ein Land der politisch unabhängigen Spitzenforschung bleiben. Die AfD fordert eine
1034 höhere Grundfinanzierung der Hochschulen einzuführen, um deren Abhängigkeit von Drittmitteln zu
1035 verringern. Hochschulen sollen das Recht besitzen, Bewerber durch Aufnahmeprüfungen
1036 auszuwählen. Der durch planwirtschaftliche Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Studienerfolg und
1037 anderen Quoten erzeugte Zwang zur Nivellierung ist zu beenden.

1038 Die AfD will die bewährten Diplom- und Magisterstudiengänge wieder einführen und das hohe
1039 wissenschaftliche Niveau der deutschen Universitäten wiederherstellen. Eine künstliche Erhöhung der

1040 Akademikerquote wie sie die EU in ihrer Strategie “Europa 2020” fordert, lehnen wir ab. Während in
1041 Südeuropa zahlreiche Hochschulabsolventen keinen Arbeitsplatz finden oder in Berufen arbeiten, die
1042 kein Studium erfordern, besitzt Deutschland trotz einer deutlich niedrigeren und im EU-Vergleich
1043 unterdurchschnittlichen Akademikerquote die zweitniedrigste Arbeitslosenquote in der EU.
1044 Deutschland verfügt mit der dualen Ausbildung in Unternehmen und Berufsschulen über ein
1045 Erfolgsmodell, das gefragte Abschlüsse mit guten Verdienstmöglichkeiten bietet. Während sich andere
1046 Länder bemühen, ein Berufsausbildungssystem nach deutschem Vorbild aufzubauen, wird im Zuge der
1047 Bologna-Reform der Versuch unternommen, betriebliche Berufsausbildungen durch ein Studium an
1048 einer Fachhochschule zu ersetzen. Zudem gefährden Bestrebungen der EU, den Meisterbrief
1049 abzuschaffen, die duale Ausbildung in Deutschland.

1050 11.2 Duale Ausbildung, Meister und duales Studium stärken

1051 Die AfD betrachtet eine berufspraktische Ausbildung als gesellschaftlich ebenso wertvoll wie ein
1052 Studium und fordert deshalb, dass die Bedeutung der Handwerksberufe in den Bildungseinrichtungen
1053 entsprechend gewürdigt wird. Die Definition von Qualitätsstandards in der beruflichen Ausbildung
1054 muss in der Hoheit der Nationalstaaten verbleiben. Dazu gehört auch eine Wiedereinführung der
1055 deutschen Meisterpflicht für zahlreiche Berufe, für die diese voreilig abgeschafft wurde. Das in
1056 Deutschland erfolgreiche System der „dualen Ausbildung“ muss erhalten bleiben und kann den
1057 übrigen EU-Ländern als Vorbild dienen. Das duale Studium eröffnet qualitativ hochwertige, stark
1058 praxisorientierte und passgenaue Spezialisierungen und ist somit ein weiterer geeigneter Weg, dem
1059 Fachkräftemangel wirkungsvoll zu begegnen.

1060 11.3 Keine Inklusion um jeden Preis

1061 Die Forderung der Vereinten Nationen, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu
1062 garantieren, ist in Deutschland bereits erfüllt. Kinder mit besonderem Förderbedarf erhalten in der
1063 Förderschule eine umfassende Unterstützung, die die Regelschule nicht leisten kann. Eine Inklusion
1064 um jeden Preis geht zu Lasten der Bildungsqualität aller Beteiligten. Die AfD setzt sich deshalb für den
1065 Erhalt der Förder- und Sonderschulen und die Inklusion mit Augenmaß ein. Wir bekennen uns damit
1066 ganz klar zur Sicherstellung von größtmöglicher Chancengleichheit durch Förderschulen.

1067 11.4 Keine ideologische Beeinflussung: Neutralität sämtlicher Bildungseinrichtungen 1068 wiederherstellen

1069 Bildungseinrichtungen dürfen kein Ort der politischen Indoktrination sein. An deutschen Schulen und
1070 Universitäten wird oft nicht die Bildung einer eigenen Meinung gefördert, sondern die unkritische
1071 Übernahme ideologischer Vorgaben. Leitbild der Bildung muss jedoch der selbstständig denkende
1072 Bürger sein. Wir lehnen die Ökonomisierung und Ideologisierung von Bildung strikt ab und fordern die

1073 Rückkehr zum humanistischen Bildungsideal. Wir bekennen uns zur umfassenden Bildung, die zur
1074 Entfaltung der Persönlichkeit sowie zur Wahrnehmung der demokratischen staatsbürgerlichen Rechte
1075 und Pflichten notwendig ist.

1076 11.5 Kinder sind keine Versuchskaninchen – weder analog noch digital!

1077 Da die Folgen eines komplett digitalisierten Unterrichts noch nicht abschließend erforscht sind,
1078 befürchten wir negative Folgen für das Kindeswohl. Einen mit der Digitalisierung verbundenen Einzug
1079 von Werbung in den Unterricht lehnen wir genauso ab wie die Ökonomisierung des Bildungsprozesses
1080 an sich oder eine Monopolisierung der Lehrmedien und deren Inhalte. Der Lehrer ist und bleibt die
1081 wichtigste Bezugsperson für alle Schüler, er muss deshalb die Verantwortung und Kontrolle für das
1082 Bildungsgeschehen im Klassenzimmer behalten.

1083 Digitalisierung betrifft nicht nur die Zukunft von Arbeit und Produktion. Sie greift tief in Kultur, Bildung
1084 und persönliche Verhältnisse ein. Deshalb ist es wichtig, dass in Schulen und Universitäten der Umgang
1085 mit digitalen Medien erlernt wird und diese sinnvoll genutzt werden. Darüber hinaus sind digitale
1086 Medien in den Schulen und Universitäten unverzichtbare Hilfsmittel für die schnelle
1087 Informationsbeschaffung und -aufbereitung, für die Anschaulichkeit von Sachverhalten und für die
1088 Präsentation. Abzulehnen sind alle Bestrebungen den Unterricht selbst zu digitalisieren, die
1089 Erarbeitung von Wissen aus dem analogen Lernprozess herauszulösen, um die Lehrerpersönlichkeit
1090 durch das Medium zu ersetzen. Die von der EU vorgestellten Konzepte zur Förderung der
1091 Digitalisierung dürfen nicht in die Bildungssouveränität der Mitgliedsstaaten eingreifen – auch nicht
1092 über finanzielle Förderungen.

1093 11.6 Gender Mainstreaming abschaffen

1094 Die Umsetzung des Gender-Mainstreaming ist seit dem Vertrag von Amsterdam 1997 verpflichtend für
1095 alle Mitgliedsstaaten der EU. Kern der Gender-Ideologie ist die Leugnung von biologischen
1096 Unterschieden zwischen Mann und Frau verbunden mit der Behauptung, dass Geschlechter nur soziale
1097 Konstrukte seien. Unterschiede etwa bei der Auswahl und Ausübung von Berufen werden als Beweis
1098 einer vermeintlichen Diskriminierung betrachtet und deren Beseitigung gefordert. Die Gender-
1099 Ideologie entwertet die für den Bestand der Gesellschaft unverzichtbare Familie und verunsichert
1100 Kinder in ihrer sexuellen Identität. Behauptungen der Gender-Ideologie stehen im Widerspruch zu
1101 wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie und der Entwicklungspsychologie. Wir fordern, aus der
1102 Amsterdamer Verpflichtungserklärung auszusteigen. Eine einseitige Frauenförderung lehnen wir ab.
1103 Das sogenannte Gender-Budgeting als fiskalisches Instrument zur Durchsetzung des Gender-
1104 Mainstreaming in den Haushalten der EU und der Mitgliedsstaaten lehnen wir ab, weil sich öffentliche
1105 Ausgaben nicht den Geschlechtern zuordnen lassen. Die staatliche Förderung der sogenannten

1106 Genderwissenschaft ist zu beenden. Bei der Besetzung von Stellen muss allein die fachliche
1107 Qualifikation des Bewerbers entscheiden. Wir lehnen die unnatürliche Umgestaltung der deutschen
1108 Sprache als Mittel zur Durchsetzung der Gender-Ideologie ab. In einem freien Europa darf es keinen
1109 staatlichen Zwang zur Verwendung einer politisch korrekten Sprache geben.

1110 Kulturpolitische Positionen zur EU-Wahl

1111 Die Identität der europäischen Nationen beruht auf über Jahrhunderte gewachsenen kulturellen
1112 Traditionen. Gerade in ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit machen diese den kulturellen Reichtum
1113 Europas aus. Die Kulturpolitik der EU verfolgt das Ziel, diese nationalen und regionalen Traditionen
1114 einer künstlich geschaffenen europäischen Einheitskultur unterzuordnen und sie für diese zu
1115 instrumentalisieren. Die AfD stellt sich dieser Tendenz strikt entgegen und hält auch in kultureller
1116 Hinsicht an einem Europa der Vaterländer fest.

1117 11.7 Subsidiaritätsprinzip einhalten

1118 Die AfD vertritt den Gedanken der Subsidiarität. Kulturpolitik ist in Deutschland Angelegenheit der
1119 Bundesländer. Eine Aufweichung des Subsidiaritätsprinzips lehnen wir ab, da diese stets mit mehr
1120 staatlicher Reglementierung und ideologischer Gängelung einhergeht. Das gilt für den Bund und umso
1121 mehr für die EU. Kultur muss sich organisch entwickeln können. Die millionenscheren kulturellen
1122 Rahmenprogramme der EU, die mehr oder weniger offen auf die „Vereinigten Staaten von Europa“
1123 hinarbeiten und die nationale Leitkultur nicht selten bekämpfen, sind Gift für ein freies Kulturleben.

1124 11.8 Kulturerbe bewahren

1125 Die AfD setzt sich für den Erhalt und die Pflege des deutschen und europäischen Kulturerbes ein. Neben
1126 den Institutionen der Hochkultur, wie Theatern, Orchestern und Museen, haben wir auch das
1127 immaterielle Kulturerbe, wie etwa Minderheitensprachen, Brauchtum, Volkstänze, Feste und
1128 Vereinswesen, Handwerks- und Regionalkulturen im Auge.

1129 Im Regelfall sollten die EU-Mitgliedsstaaten für die Pflege und den Erhalt ihres Kulturerbes selbst
1130 verantwortlich sein. EU-Mittel sollten nur für Notfälle bereitgestellt werden, um einen
1131 unwiederbringlichen Verlust von Kulturgut zu verhindern. Den derzeit herrschenden Zwang zur
1132 Kooperation zwischen verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten, um an Fördermittel zu gelangen, lehnen
1133 wir ab. Die Mittelvergabe darf nicht an Rahmenvorgaben der politischen Korrektheit, etwa an Auflagen
1134 des Gender Mainstreaming, Diversity-Bestrebungen oder Ähnliches gebunden werden.

1135 11.9 Deutsche Sprache stärken

1136 Eine Kulturnation definiert sich nicht zuletzt über die eigene Sprache. Die AfD setzt sich dafür ein, die
1137 deutsche Hochsprache und die historisch gewachsenen regionalen Dialekte als immaterielles

1138 Kulturerbe der Menschheit langfristig zu erhalten. Dabei sind das Goethe-Institut und andere
1139 kulturpolitische Institutionen einzubeziehen, um für das Erlernen des Deutschen europaweit zu
1140 werben und dieses durch Abkommen, Studienförderprogramme und so weiter nach Kräften zu
1141 fördern. In den europäischen Institutionen muss die deutsche Sprache gemäß ihrer rechtlichen
1142 Stellung und ihrer großen Verbreitung auch de facto den Verfahrenssprachen Englisch und Französisch
1143 gleichgestellt werden. Nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU ist dies umso dringender
1144 geboten.

1145 11.10 Auswärtige Kulturpolitik

1146 Anliegen der AfD ist es, die deutsche Kultur und Sprache im Ausland deutlich stärker zu fördern.
1147 Goethe-Institute und zahlreiche regionale Kulturprojekte in aller Welt sollen ein positives Bild
1148 Deutschlands vermitteln. Neue Trends in unserer Gesellschaft als auch unser reichhaltiges kulturelles
1149 Erbe stehen für die Attraktivität unseres Landes. Der grundsätzliche Auftrag der Goethe-Institute,
1150 deutsche Sprache und Kultur im Ausland zu vermitteln, darf nicht verwässert werden. Die AfD lehnt
1151 die Planungen der deutschen Bundesregierung zur Finanzierung afrikanischer Museen genauso ab wie
1152 eine enge Zusammenarbeit mit dem französischen Pendant Institut français. Zusätzlich fordert die AfD,
1153 das Hauptprogramm der Deutschen Welle jederzeit und weltweit auch wieder in deutscher Sprache
1154 anstatt nur in englischer Sprache auszustrahlen.

1155 Die Auswärtige Kulturpolitik Deutschlands muss das Ziel verfolgen, Brücken zu anderen Völkern zu
1156 bauen. Wirtschaft, Politik, Kultur und nicht zuletzt der Tourismus werden davon profitieren. Ein
1157 besseres Verständnis unserer kulturellen Werte, Traditionen und Geschichte soll auch dem Ziel dienen,
1158 Vertrauen zu schaffen und Deutschland als zuverlässigen Partner zu empfehlen. Deutsche
1159 Kulturvereine und Auslandsschulen können dabei einen wichtigen Beitrag leisten.

1160 Die AfD bekennt sich zur Fürsorgepflicht Deutschlands für die Deutschen Minderheiten in aller Welt
1161 und wird deren Interessen im Rahmen ihrer Außenpolitik nachdrücklich unterstützen. Erhaltung und
1162 Förderung der deutschen Sprachkenntnisse in Gebieten mit deutschen Minderheiten erfordern
1163 besondere Beachtung.

1164 12 ENERGIE, KLIMA, TECHNIK UND INFRASTRUKTUR

1165 12.1 Klima und Energie

1166 Die Energiepolitik ist eine hoheitliche Aufgabe souveräner Staaten. Auch in Europa muss jeder Staat
1167 für eine sichere und stabile Energieversorgung seiner Bevölkerung und Industrie verantwortlich
1168 bleiben. Die Sicherung der Energieversorgung eines Landes darf nicht auf Kosten anderer Staaten
1169 gehen. Dabei sollten sich die Mitgliedsstaaten an der Verfügbarkeit eigener und gesicherter Rohstoffe
1170 orientieren.

1171 Das Klima in allen Klimazonen der Erde - von tropisch bis polar - wandelt sich naturgesetzlich seit die
1172 Erde besteht. Ein konstantes Klima über längere Zeiträume gibt es nicht. Wir bezweifeln aus guten
1173 Gründen, dass der Mensch den jüngsten Klimawandel, im Besonderen gegenwärtige Erwärmung,
1174 maßgeblich beeinflusst hat oder gar steuern könnte. Klimaschutzpolitik ist daher ein Irrweg. Ohne CO₂,
1175 einem Hauptbestandteil der Photosynthese, gäbe es keine Pflanzen, Tiere oder Menschen. Nicht
1176 zuletzt durch den steigenden CO₂-Anteil in der Atmosphäre haben die Weltnahrungsernten signifikant
1177 zugenommen.

1178 Die AfD lehnt die Pariser Klimavereinbarung ab, die als unverbindliche Absichtserklärung ohne
1179 Sanktionen eine Verschiebung von Geldmitteln der hochindustrialisierten Länder hin zu
1180 unterentwickelten Ländern vorsieht. Ferner lehnt die AfD alle EU-Maßnahmen ab, die die Reduzierung
1181 von CO₂-Emissionen mit dem Schutz des Klimas begründen. Der Handel mit CO₂-Zertifikaten ist
1182 einzustellen, denn er bewirkt nur einen weiteren Anstieg der Energiepreise.

1183 Die von der EU und der deutschen Bundesregierung angestrebte Dekarbonisierung, inzwischen als
1184 "Große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft" propagiert, wird nicht nur zur Reduzierung
1185 der Wirtschaftskraft Deutschlands führen, sondern entwickelt sich zunehmend zu einer illegitimen
1186 gesellschaftlichen Wende hin zu einem ökologistischen Planungs- und Zwangsstaat mit gewollter
1187 Mangelwirtschaft.

1188 Die EU treibt seit Jahren die Umrüstung der Stromnetze zwischen Verbrauchern und Energieerzeugern
1189 in sogenannte intelligente Netze (Smart Grids) voran. Dahinter steckt das Ziel, den bislang
1190 nachfrageorientierten Energiemarkt in einen angebotsorientierten umzuwandeln, das heißt der
1191 Stromverbrauch soll der ständig schwankenden Stromerzeugung durch die „Erneuerbaren
1192 Energiequellen“ angepasst werden.

1193 Die AfD wird sich im EU-Parlament für die ersatzlose Streichung aller Richtlinien und Verordnungen
1194 zum verbindlichen Einsatz von Smart Metern in Privatwohnungen einsetzen, soweit diese über eine

1195 rein technische Verbesserung hinausgehen und das Ausspähen oder Steuern des Nutzerverhaltens
1196 ermöglichen.

1197 Ein breiter Energiemix aus Kohle, Mineralöl, Erdgas und Kernkraft ist unabdingbare Voraussetzung zum
1198 Erreichen des Zieldreiecks einer versorgungssicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen
1199 Energiepolitik. Braunkohle ist der einzige kostengünstige und langfristig verfügbare inländische
1200 Energieträger von Bedeutung. Die EU und die Bundesregierung bereiten mit Hilfe der CO2-Zertifikate-
1201 Politik und über eine Besetzung der deutschen Kohlekommission mit Fachfremden und grünen
1202 Ideologen den Kohleausstieg vor. Nach dem Abschalten der Kernkraftwerke wäre dies das Ende einer
1203 sozial orientierten und wettbewerbsfähigen Energieversorgung in Deutschland.

1204 Die sogenannten „Erneuerbaren Energien“ Wind und Sonne hängen vom Wetter, den Tages- und
1205 Jahreszeiten ab und ihre Erträge sind nicht kalkulierbar. Eine Speicherung von Strom für den Ausgleich
1206 der ständig schwankenden „Erneuerbaren Energien“ bis hin zu längeren Dunkelflauten ohne Wind und
1207 Sonne ist wirtschaftlich nicht möglich. Bedingt durch ihre geringen Leistungsdichten haben diese
1208 „Erneuerbaren“ einen hohen Flächen- und Materialverbrauch und sind im großen Maßstab schädlich
1209 für Mensch, Natur und Umwelt. Kohle-, Kern- und Gaskraftwerke sollen in Betrieb bleiben, solange
1210 deren Betreiber es unter marktwirtschaftlichen Bedingungen für sinnvoll halten.

1211 Die AfD setzt sich im Interesse einer sinnvollen Ressourcen-Erweiterung sowohl für den Ausbau der
1212 Pipeline Northstream 2 als auch für Häfen mit geeigneten Terminals für den Bezug von Flüssigerdgas
1213 (LNG) ein.

1214 Der Einsatz fossiler Energieträger kann mittel- und langfristig vor allem durch die Weiternutzung der
1215 emissionsfreien Kernkraft reduziert werden. Die Erzeugung von Strom durch Kernenergie gehört heute
1216 zu den sichersten Technologien. Für die in Deutschland bewusst offen gehaltene Entsorgung von
1217 hochradioaktiven Brennelementen, des sogenannten Atommülls, gibt es Lösungen. Anlagen in
1218 Finnland zeigen, dass eine geologisch gesicherte Endlagerung realisierbar ist. Mit den in Russland seit
1219 Jahren arbeitenden natriumgekühlten Reaktoren können die Brennelemente erheblich effektiver
1220 genutzt werden, sodass deren Reststrahlung stark reduziert wird. Reaktortypen mit flüssigem
1221 Brennstoff, wie sie derzeit in Frankreich, Kanada, den USA und weiteren Ländern entwickelt werden,
1222 erlauben eine kosteneffiziente integrierte Aufarbeitung, die ein geologisches Endlager gänzlich
1223 überflüssig machen könnte. Die AfD fordert, dass sich Deutschland wieder an der weit
1224 fortgeschrittenen Entwicklung neuartiger Typen von Kernreaktoren beteiligt.

1225 12.2 Technik, Innovation, Forschung

1226 Die Freiheit von Forschung und Lehre stellen ebenso einen wichtigen Teilaspekt der Freiheit der Bürger
1227 dar, wie einen der wichtigsten Grundpfeiler der Prosperität der Staaten Europas. Aus diesem Grund

1228 stehen wir für einen entpolitierten und ideologiefreien Forschungsbetrieb und fordern dessen strikte
1229 politische und weltanschauliche Neutralität. Subsidiarität und Vielfalt der Strategieansätze sehen wir
1230 als die grundlegenden Erfolgsvoraussetzungen an.

1231 Die AfD befürwortet die bestehende Freizügigkeit für Forscher und den freien Austausch
1232 wissenschaftlicher Erkenntnisse und Technologien in Europa und darüber hinaus. In bestimmten Fällen
1233 halten wir es für sinnvoll, gemeinsame Forschungsstrategien für wichtige Schlüsseltechnologien (z.B.
1234 Hardware und Software) zu entwickeln und diese als Gemeinschaftsaufgabe zu fördern.

1235 Die AfD tritt an, die Missstände bei der Forschungsförderung auf europäischer Ebene zu beheben. Dazu
1236 fordern wir, neben einer Entflechtung der Aufgaben Forschungsförderung, Wirtschaftsförderung und
1237 Regionalentwicklung, eine Rückführung der Budgets in nationale Verantwortung und an den
1238 nationalen Gegebenheiten ausgerichtete Forschungsstrategien, um eine effektive Verwendung der
1239 Mittel im Sinne ihrer Bürger zu erreichen.

1240 Wissenschaftler sollen ohne ideologische und bürokratische Zwänge in ihrer Forschung, über nationale
1241 Grenzen hinaus, gefördert werden.

1242 Bi- und multilaterale Forschungsprojekte zwischen einzelnen Staaten, wie sie bei CERN, ITER oder
1243 Wendelstein7X erfolgreich exerziert werden, sollen Leitbildcharakter für andere Großprojekte haben.

1244 Die Förderung kleiner oder forschungsstarker Unternehmen soll über geeignete Instrumente (z.B.
1245 Bürgschaften, Darlehen oder Steuernachlässe) erfolgen.

1246 [12.3 Planen, Bauen, Wohnen](#)

1247 Die EU-Richtlinienkompetenz schlägt sich überregulierend und teuer in den deutschen Bauvorschriften
1248 nieder. Dies gilt zum Beispiel für die Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden. Darin ist u.a.
1249 die Einführung eines "Niedrigst-Energiegebäudes" als Standard für alle Neubauten ab 2021 und für
1250 behördliche Bauten bereits ab 2019 festgelegt. Der Zwang zur Nutzung von Erneuerbaren Energien
1251 und überzogene Anforderungen an die Energieeffizienz, an die Luftreinhaltung, an die
1252 umweltverträgliche Gestaltung von Heizgeräten sowie an eine hohe Wärmedämmung erfordern große
1253 Mengen Dämmmaterial (Sondermüll), bergen die Gefahr von Schimmelbildung in Gebäuden und
1254 führen zu erheblich höheren Baukosten und damit zu unnötig hohen Mieten, was hinlänglich bewiesen
1255 ist. Solche Vorgaben sind ein großes Investitionshemmnis.

1256 Diese verordnete Energiepolitik führt zu massiven Eingriffen in die Planungs- und Gestaltungsfreiheit
1257 der Mitgliedsstaaten. Das widerspricht elementar dem Subsidiaritätsprinzip. Es kann keine EU-
1258 Richtlinien für Gebäude und Städteplanung geben, die passend sind für Nordfinland bis Sizilien und
1259 für Portugal bis Rumänien. Wir befürworten alle Möglichkeiten zur Energie- und Kosteneinsparung,
1260 aber wir wollen eine technologieoffene Entscheidungsbefugnis der Immobilieneigentümer.

1261 Baurecht und Vorgaben zur Gebäudeeffizienz sowie die Nutzung von Erneuerbaren Energien gehören
1262 ausschließlich in nationale Zuständigkeit.

1263 Auch fordern wir die Förderprogramme für den ländlichen Raum zurückzuholen und die deutschen
1264 Mittel dazu auf nationaler und regionaler Ebene zielgerichtet und effizienter einzusetzen.

1265 Die deutsche Wasserwirtschaft (BDEW) hat die von der EU verhandelten Handelsabkommen (JEFTA,
1266 CETA) kritisiert und stellt heraus, dass sich aus solchen Abkommen Nachteile beim Schutz der
1267 kommunalen Wasserwirtschaft ergeben. Wasser ist keine gewöhnliche Handelsware, sondern ein
1268 öffentliches Gut. Wir fordern daher, dass die Wasserwirtschaft nicht zwangsweise durch die EU-
1269 Vorgaben privatisiert werden darf.

1270 12.4 Verkehr

1271 Für die Alternative für Deutschland ist individuelle Mobilität des Menschen ein sehr hohes Gut in
1272 unserem Leben, welches wir auf keinen Fall einschränken wollen. Ideologisch begründete
1273 Verbotspolitik wird es mit uns nicht geben.

1274 12.4.1 Rheinschiene, Nord-Ostsee-Kanal und feste Fehmarnbelt-Querung forcieren

1275 Wir werden die Rheinschiene von Basel bis Rotterdam für den zukunftsfähigen Gebrauch ausbauen
1276 und den Nord-Ostsee-Kanal schnellstens sanieren. Dänemark und Deutschland planen den Bau einer
1277 festen Querung des Fehmarnbelts, die die deutsche Insel Fehmarn direkt mit der dänischen Insel
1278 Lolland verbindet. Die AfD setzt sich für eine zügige Realisierung ein.

1279 12.4.2 LKW-Flut im Transitverkehr eindämmen, Intermodalen Gütertransport fördern

1280 Mit dem intermodalen Gütertransport werden komplette LKW oder nur deren Container auf die Bahn
1281 oder Binnenschiffe verladen. Mit dem intermodalen Verkehr soll ein erheblicher Teil der
1282 Lastkraftwagen per Bahn im Transit durch Deutschland gelangen. Kranlose Verladetechniken sind
1283 hierfür besonders günstig, weil die Be- und Entladezeiten erheblich verkürzt werden.

1284 12.4.3 Güterkraftverkehr, Lohn- und Sozialdumping eindämmen

1285 Da annähernd die Hälfte der Lastwagen im Fernverkehr heute aus Osteuropa zu Dumpingpreisen fährt
1286 und dabei die Kabotage, also die Frachterbringung von ausländischen Unternehmen in einem
1287 Nachbarland, erheblich ansteigt, muss hier gegengesteuert werden. Handlungsbedarf besteht bei dem
1288 Thema Lenkzeiten und Fahrerüberlassung im paneuropäischen Güterkraftverkehr. Die Alternative für
1289 Deutschland wird alles daran setzen, dass deutsche Unternehmen wieder konkurrenzfähiger werden.

1290 12.4.4 Zukunft des Verbrennungsmotors und der Elektromobilität realistisch sehen

1291 Der von der EU beschlossene Grenzwert für den CO₂-Ausstoß für PKW von 95 g/km ab dem Jahr 2020
1292 entspricht etwa einem Flottendurchschnittsverbrauch von 3,6 l Diesel bis 4,1 l Benzin pro 100 km. Die
1293 EU will damit den Umstieg auf die E-Mobilität vorantreiben. Es bedeutet das Aus für die
1294 Automobilindustrie in Deutschland, denn diese willkürlich festgelegten Verbrauchswerte können
1295 praktisch von der Golf-Klasse aufwärts nicht erreicht werden. Die Wertschöpfung der deutschen
1296 Automobilindustrie durch den Bau hochwertigerer Fahrzeuge geht verloren und damit auch der
1297 Industriezweig, der zu einem Großteil zum Wohlstand in Deutschland beiträgt.

1298 Bei E-Fahrzeugen wird die Wertschöpfung, die in der Batteriezellen-Fertigung liegt, überwiegend nach
1299 Asien verlagert. Die hohen Preise für E-Mobile resultieren aus den Kosten für die Batterien. Deren
1300 Lebensdauer ist auf etwa fünf bis acht Jahre begrenzt. Daher würden die Anschaffungskosten für neue
1301 Batterien den Zeitwert des Automobils überschreiten. Dies bedeutet, dass es bei weitgehender
1302 Umstellung auf E-Mobilität faktisch keine günstigen Gebrauchtwagen für Bürger mit geringem
1303 Einkommen mehr geben wird.

1304 Der entscheidende Nachteil der E-Mobilität gegenüber den Verbrennern besteht in dem Fehlen einer
1305 vergleichbaren Energiequelle für den Antrieb. Als die Entwicklung der Automobile vor weit über
1306 hundert Jahren begann, wurden neben benzin- auch parallel batteriegetriebene Fahrzeuge entwickelt.
1307 Letztere haben sich bis auf Spezialanwendungen nie richtig durchsetzen können. Seit Jahrzehnten wird
1308 in der Batterietechnologie geforscht, ohne einen wirklichen Durchbruch zu erreichen. Die Lithium-
1309 Ionen-Technologie ist das Ende der Entwicklung. Unabhängige Forscher auf dem Gebiet der Elektro-
1310 Chemie zu Batterien bestätigen, dass in überschaubaren Zeiträumen kein entscheidender Durchbruch
1311 zu leistungsfähigeren Batterien zu erwarten ist.

1312 Weiterhin wären bei dem Verbot von Verbrennern und weitgehender Umstellung auf E-Mobilität
1313 zusätzlich etwa 40 Großkraftwerke oder zehntausende von Windenergieanlagen erforderlich. Letztere
1314 sind allerdings weitgehend untauglich, solange es keine Großspeicher für den un stet erzeugten
1315 Ökostrom gibt.

1316 Der Gebrauchswert von elektrisch betriebenen Automobilen ist nach wie vor meilenweit von den mit
1317 Verbrenner betriebenen Fahrzeugen entfernt. Das 2008 von der Bundesregierung verkündete Ziel,
1318 2020 eine Million E-Mobile auf deutsche Straßen zu bringen, wird verfehlt. Trotz millionenschwerer
1319 Subventionen und mit Fake News unterlegter Propaganda gegen die Verbrenner, konnten die Kunden
1320 nicht zum Kauf von, für die individuelle Mobilität untauglichen, E-Fahrzeugen überzeugt werden.

1321 Die AfD hält synthetische Kraftstoffe für eine interessante Alternative zu erdölbasierten Kraftstoffen,
1322 allerdings derzeit nicht für marktwirtschaftlich realisierbar. Wir lehnen deshalb deren

1323 Zwangseinführung genauso ab, wie die Zwangsbeimischung von Bioethanol in herkömmliche
1324 Kraftstoffe (E10!). Auch sind wir gegen eine über Forschung hinausgehende Subvention dieser
1325 Kraftstoffe. Dies muss wie bei der E-Mobilität der faire Wettbewerb am freien Markt regeln.

1326 12.5 Digitalisierung

1327 Die sich seit einigen Jahren zusehends beschleunigende Digitalisierung muss von der Politik auf
1328 nationaler und europäischer Ebene besser begleitet werden. Die bisherigen Digitalisierungsinitiativen
1329 und -aktivitäten der EU sehen wir kritisch, weil sie immer auch überwachende oder zensierende
1330 Maßnahmen zum Inhalt hatten. Diese bedrohen zunehmend nicht nur die Freiheit der Bürger, sondern
1331 auch den Wirtschaftsstandort Europa. Überbürokratisierung kostet Milliarden von EUR und verhindert
1332 Unternehmensgründungen und die Entwicklung neuer digitaler Techniken und Produkte. Die
1333 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) steht exemplarisch für die völlige Fehlentwicklung von
1334 Regularien. Weitere in Arbeit befindliche Verordnungen wie die Reform des Urheberrechts und die
1335 Maßnahmen zur Umsetzung (Uploadfilter, Leistungsschutzrecht) oder die Pläne zur "Beweissicherung
1336 in der Cloud" und Zugriff (Cloud-Act) durch die USA sind nicht im Interesse der europäischen Bürger.

1337 12.5.1 Digitalisierung aktiv gestalten: Für Verbraucher und für Unternehmen

1338 Die Nutzung von IT und Internet kann langfristig nur erfolgreich sein, wenn digitale Netze und
1339 Angebote vertrauenswürdig sind und die Privatsphäre der Benutzer gewahrt ist. Wir unterstützen
1340 Maßnahmen zur Stärkung der informationellen Selbstbestimmung und Einsatz leistungsfähiger
1341 Verschlüsselungstechniken (Kryptographie). Regulatorische Maßnahmen müssen mit Augenmaß
1342 erfolgen und dürfen nicht zu unverhältnismäßigen Rechtsrisiken für Unternehmen und Dienstleister
1343 führen. Besonders für den Mittelstand ist es wichtig, Mehraufwände aus datenschutzrechtlichen
1344 Anforderungen zu begrenzen.

1345 Die Freiheitsrechte der Bürger dürfen durch Digitalisierung nicht eingeschränkt werden. Der Umgang
1346 mit Behörden oder die Nutzung öffentlicher Einrichtungen muss auch ohne digitale Identität möglich
1347 sein. Die Nutzung von digitalen Systemen zur Erfassung von Verbrauchs- oder Bewegungsprofilen (wie
1348 z. B. "Smart Meter", "eCall") muss freiwillig sein.

1349 Mit Blick auf die zunehmende Zahl komplexer internetfähiger Geräte (Smartphones, „Internet of
1350 Things“) erachten wir eine Stärkung des Verbraucherschutzes und der IT-Sicherheit als notwendig. Wir
1351 möchten die gesetzliche Gewährleistungspflicht für langlebige internetfähige Geräte verlängern und
1352 sachlich ausweiten, insbesondere durch Schaffung eines Rechtsanspruches auf Sicherheitsupdates.
1353 Gleichzeitig sollen Verbraucher und kleine und mittelständische Unternehmen besser über IT-
1354 Sicherheit informiert werden.

1355 12.5.2 Entwicklung eigener und offener Technologien in Europa stärken

1356 Europa ist inzwischen weitgehend von ausländischer Hard- und Software abhängig. Europäische
1357 Potenziale werden nicht ausgenutzt, was insbesondere an mangelndem Investitionskapital, fehlender
1358 MINT-Bildung und regulatorischer Rahmenbedingungen liegt. Wir sehen den aktuellen Ist-Zustand als
1359 sicherheitskritisch an. Daher fordern wir die Stärkung europäischer IT-Kompetenzen im Rahmen von
1360 Forschungs- und Entwicklungsprojekten, um verstärkt europäische Hard- und Systemsoftware zu
1361 entwickeln. Ziel muss die Entwicklung von neuen, wettbewerbsfähigen und vertrauenswürdigen Hard-
1362 und Softwarelösungen auf Basis offener Quelltexte und Spezifikationen mit dem Anspruch weltweiter
1363 Technologieführerschaft sein.

1364 Um dies zu erreichen, fordern wir eine Erweiterung der Ziele des Europäischen Fonds für regionale
1365 Entwicklung (EFRE) dahingehend, dass auch für die Gemeinschaft wichtige Spitzentechnologien
1366 adäquat gefördert werden können. Dabei soll das Ziel des regionalen Ausgleichs zurückgestellt und
1367 Mittel gezielt gebündelt werden können.

1368 Weiter soll dazu das Beschaffungswesen der öffentlichen Hand in kritischen Bereichen verpflichtend
1369 nach langfristig strategischen und sicherheitspolitischen Erwägungen ausgerichtet werden.

1370 13 UMWELTSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT UND

1371 VERBRAUCHERSCHUTZ

1372 Umweltpolitik muss sich zuerst an nationalen Gegebenheiten und Bedürfnissen orientieren. Die EU hat
1373 es seit ihrer Gründung nicht geschafft, die Interessen von Landwirtschaft und Umweltschutz
1374 zusammen zu bringen. Die verfehlte Förderung der Landwirtschaft steht einem effektiven Naturschutz
1375 entgegen. Die überbordende Bürokratie bedroht die Landwirte in ihrer Existenz. Ähnlich sieht es beim
1376 Verbraucherschutz aus. Nitrat- und Stickoxidgrenzwerte sind realitätsfern, gängeln die Verbraucher
1377 und kosten Arbeitsplätze. Unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips fordern wir alle Zuständigkeiten
1378 von der EU zurück.

1379 13.1 Luftqualität, Grenzwerte und Diesel-Fahrverbote

1380 Von Regierung, etablierten Parteien und der EU wird den Bürgern verkündet, dass
1381 Verbrennungsmotoren schlecht und unzeitgemäß seien und dass die Zukunft in der E-Mobilität läge.
1382 Um diesen Ansichten Geltung zu verleihen, arbeiten diese mit umstrittenen, als
1383 Umweltschutzverbände getarnten, Abmahnvereinen zusammen. Es wird versucht, die seit Jahren
1384 sauberer werdende Luft in unseren Städten als gesundheitsgefährdend darzustellen. Dadurch wurden
1385 faktisch Millionen Dieselfahrer enteignet.

1386 Die Fakten sind: Durch immer bessere Motoren steigt die Luftqualität trotz mehr Verkehr. Der
1387 Abgasuntersuchungsausschuss hat festgestellt: es gibt „keine toxikologisch bedenklichen NO₂-Werte“
1388 und: „Es gibt keine wissenschaftlich erwiesenen Zahlen dazu, wie viele Menschen aufgrund
1389 grenzwertüberschreitender NO₂-Expositionen erkrankt oder gar gestorben sind.“ Auch erscheint die
1390 Diskrepanz zwischen dem Grenzwert von 950 µg/m³ an Arbeitsplätzen in Deutschland im Vergleich
1391 zum EU-Grenzwert an Straßen von 40 µg/m³ NO₂ (USA 100 µg/m³) übersteigert. Darüber hinaus
1392 werden in Deutschland die EU-Richtlinien nachweislich falsch ausgelegt, um Überschreitungen zu
1393 erhalten. Der Bezugsrahmen für Messungen ist veraltet. Verbindliche Vorgaben für Mess-Stationen
1394 auf wissenschaftlicher Grundlage sind zu entwickeln. Die AfD sieht weiterhin die Zuständigkeit der EU
1395 für Fragen der Luftreinhaltung in den Mitgliedsstaaten für nicht sinnvoll an.

1396 Die E-Mobilität bringt derzeit keine Vorteile beim CO₂-Ausstoß bzw. bei der Ressourcenschonung. Der
1397 propagierte Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien führt zu einer Vernichtung unserer
1398 Natur- und Kulturlandschaften. Unter Einbeziehung der Akku-Produktion, die einer Fahrstrecke von
1399 100.000 km entspricht, wird die CO₂-Bilanz sogar schlechter. Der Diesel ist auch hier das bessere
1400 Konzept.

1401 Der Anteil des Fahrzeugverkehrs beim Feinstaub beträgt gerade einmal 20 %. Reifen und Bremsen sind
1402 hierbei die Hauptverursacher. Auf die Abgase entfallen nur 4 %. E-Fahrzeuge würden durch ihr höheres
1403 Gewicht mehr Feinstaub produzieren und die Ersparnis zunichte machen.

1404 Die Kosten für die notwendige Strom-Infrastruktur wären enorm, wenn die Fahrzeuge zuhause geladen
1405 werden würden. Die unangenehmen langen Ladezeiten unterwegs blieben trotzdem. Die derzeit
1406 günstigeren Verbrauchskosten ergeben sich nur, da auf Strom keine Mineralölsteuer erhoben wird.
1407 Sobald Verbrenner verboten sind, würde sich dies ändern. Die schon in einigen Fällen zutage getretene
1408 Brandgefahr wird bisher weitgehend verschwiegen.

1409 Die AfD stellt sich nicht gegen Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung, jedoch müssen diese sachlich
1410 begründet, sinnvoll und auch bezahlbar sein. Für die politischen Verantwortlichen ist das Diesel-Verbot
1411 nur der erste Schritt zu einem vollständigen Verbot von Verbrennungsmotoren. Der subventionierte
1412 Umstieg auf E-Mobilität ist für den Normalbürger aber schlichtweg unbezahlbar. Das Ziel von EU und
1413 etablierten Parteien ist die Abschaffung des Individualverkehrs für die Masse der Bevölkerung. Die AfD
1414 steht hier auf der Seite der Bürger, die auf das Auto angewiesen sind oder die Freiheit des
1415 Individualverkehrs genießen. Die AfD lehnt daher Fahrverbote ab.

1416 13.2 Nachhaltigkeit für die forstwirtschaftliche Zielsetzung

1417 Der Wald braucht Zeit und Kontinuität. Um einen gesunden Wald unter den unterschiedlichen
1418 Aspekten der Ökonomie, Ökologie und der Erholung zu erhalten, braucht es langfristige Ziele von
1419 vielen Waldbesitzer- und Förstergenerationen. Für eine nachhaltige Bewirtschaftung zur Sicherung der
1420 Wälder setzt sich die AfD für eine Förderung des Baumaterials und Energieträgers Holz ein. Wir stehen
1421 für einen Abbau der ausufernden Bürokratie bei der Dokumentation in der Forstwirtschaft und nicht-
1422 staatlichen Pseudo-Zertifikaten für Nachhaltigkeit. Eine weitere Schaffung von Nationalparks und
1423 damit forstwirtschaftliche Flächenstilllegung lehnen wir ebenso ab wie das Abholzen der Wälder für
1424 die Errichtung von Windindustrieanlagen. Denn in den letzten Jahren betreiben selbsternannte
1425 Umweltschutzorganisationen zunehmend Lobbyarbeit für die Windindustrie, zu Lasten des Waldes –
1426 und die EU schaut zu.

1427 13.3 Artenschutz und Wildtiermanagement

1428 Schäden durch Wildtiere sind unbürokratisch durch Geldleistungen zu ersetzen. Über die Kombination
1429 aus aktivem Wildtiermanagement und artenschutzrechtlicher Ausnahmereordnung (AAV) sollen
1430 problematische Wildtier-Bestandsgrößen regional und zeitnah überwacht und korrigiert werden
1431 können. Das Ziel ist die Balance zwischen den Ansprüchen von Wildtieren sowie den Interessen der
1432 Landwirte, Teichwirte und Weidetiere. Jedoch wird eine bedingungslose Wiederansiedlung des Wolfs
1433 von den Behörden unter Berufung auf die Zielsetzung der EU-Richtlinien zum Natur- und Artenschutz

1434 betrieben. Die AfD hält Wölfe für eine Tierart, die schlecht in unsere gewachsene Kulturlandschaft
1435 passt. Wölfe sollten räumlich und zahlenmäßig strikt begrenzt werden – nach dem Vorbild von
1436 Schweden und Norwegen.

1437 13.4 Förderung von Landwirtschaft und ländlichen Räumen

1438 Die verschiedenen Sparten der Landwirtschaft – Ackerbau, Viehzucht, Weinbau, Forstwirtschaft,
1439 Gartenbau u.a. – tragen zur Wertschöpfung, der Schaffung regionaler Arbeitsplätze und zur
1440 Versorgung der Bevölkerung in unserem Lande bei. Wir setzen uns ein für eine realitätsbezogene
1441 Bildung zum Thema grüne Berufe und die sich daraus ergebende Wertschätzung für Leistungen und
1442 Produkte der Landwirte.

1443 Die AfD erkennt die große Bedeutung der Landwirtschaft für die Versorgung der Bevölkerung mit
1444 hochwertigen Nahrungsmitteln sowie den Erhalt der ländlichen Räume an. Wir wollen die
1445 Förderungspolitik der EU in die Mitgliedsstaaten und damit nach Deutschland zurückholen. Eine
1446 Subventionierung der Landwirtschaft bleibt zunächst bestehen, da in einem freien globalen
1447 Wettbewerb der Bauernstand aus Deutschland sonst verschwinden würde. Landwirtschaftliche
1448 Subventionen müssen neben der Flächengröße besonders die weiteren Leistungen kleiner
1449 Familienbetriebe berücksichtigen. Weniger EU würde auch weniger Bürokratie für die Landwirte
1450 bedeuten, die faktisch nur Zeit und Geld kostet, aber keine positiven Auswirkungen auf Landwirtschaft
1451 und Umwelt haben. Die Düngemittelverordnung ist der neueste Auswuchs in diese Richtung, die viele
1452 Nutztierhalter in Existenznöte bringt. Wir wollen die regionale Vermarktung landwirtschaftlicher
1453 Erzeugnisse unterstützen. Dafür ist mehr Transparenz bei der Lebensmittelkennzeichnung nötig. Die
1454 Landwirtschaft braucht ehrliche Erzeugerpreise.

1455 Die Bevölkerung in der EU wächst, die Anbauflächen pro Kopf schrumpfen somit. Umso größer ist die
1456 Bedeutung landwirtschaftlich genutzter Flächen. Wir fordern ein sofortiges Ende der Vermaischung der
1457 Kulturlandschaft und der Spekulation mit landwirtschaftlichen Flächen. Die „Greening“-Auflagen
1458 müssen auf den Prüfstand und die Ausgleichsflächen auf ein Minimum reduziert werden.

1459 Ein wirksamer Pflanzenschutz nach guter fachlicher Praxis ist die Grundlage jeglicher
1460 landwirtschaftlichen Produktion. Die bewährten Zulassungsstandards im Hinblick auf Umwelt-,
1461 Gesundheit- und Verbraucherschutz dürfen dabei weder vernachlässigt noch praxisfern verschärft
1462 werden. Eine zentrale Prüf- und Zulassungsbehörde der EU sehen wir kritisch. Die Vielfalt der
1463 Prüfbehörden in den Mitgliedsländern stellt das verantwortungsvolle und bewährte „Mehr-Augen-
1464 Prinzip“ sicher.

1465 Die AfD fordert die Aufhebung aller Handelsbeschränkungen für alte Nutzpflanzensorten. Bisher
1466 müssen Züchter nach Ablauf der Lizenzen sehr hohe Gebühren für die Anmeldung alter Sorten zahlen.

1467 Diese Klausel im Saatgutverkehrsgesetz (SaatG) schützt lediglich große Konzerne vor der Konkurrenz
1468 durch Kleinzüchter.

1469 13.5 Verbraucherschutz

1470 Der Verbraucher muss den zunehmend global agierenden Unternehmen in Gesundheits- und
1471 Rechtsfragen auf Augenhöhe begegnen können. Bei vielen Nahrungsmitteln, Finanzprodukten und
1472 anderen Sachgütern fehlen dem Verbraucher jedoch wesentliche Informationen über die
1473 Produktherkunft und -qualität. Die AfD will die Verbraucher in die Lage versetzen, eine informierte
1474 Kaufentscheidung treffen zu können und fordert die asymmetrische Informationslage zwischen
1475 Verbraucher und Unternehmer auszugleichen. Dabei wollen wir die Verbraucher weder staatlich
1476 bevormunden noch mit unnötigen Informationen überfrachten. Eine rigorose Verbotspolitik
1477 entmündigt die Verbraucher und fördert sorgloses Kaufverhalten. Unser Ziel des Verbraucherschutzes
1478 sind mehr aufgeklärte Verbraucher und nicht weniger wie durch die bisherige EU-Politik.

1479 Die regelmäßigen Lebensmittelkontrollen des Verbraucherschutzes innerhalb der EU obliegen den
1480 lokalen Lebensmittelüberwachungs- und Veterinärämtern. Wir fordern daher Kompetenzen im
1481 Verbraucherschutz nach dem Subsidiaritätsprinzip zu überprüfen und gegebenenfalls nach
1482 Deutschland zurück zu verlagern. Auf europäischer Ebene soll nur das geregelt werden, was dort
1483 besser zu bewirken ist. Die europäische Harmonisierung der Lebensmittelsicherheit darf zu keiner
1484 Abschwächung des Schutzniveaus in Deutschland führen.

1485 Die Brüsseler Behörden belegen die traditionellen Nahrungsmittelhersteller mit immer schärferen
1486 Vorschriften bei der Lebensmittelzubereitung. Sofern keine gesundheitlichen und wirtschaftlichen
1487 Bedenken vorliegen, lehnen wir einheitliche Vorschriften für Nahrungsmittel auf dem EU-Binnenmarkt
1488 ab.

1489 Lebensmittelbetrug schadet dem Vertrauen in die Lebensmittelsicherheit und muss restlos aufgeklärt
1490 werden. Das Schnellwarnsystem für Lebensmittel und Futtermittel und das System für die Verwaltung
1491 und Zusammenarbeit müssen vereinfacht werden. Bei begründetem Verdacht auf schädliche
1492 Produkte, Lebensmittelgifte oder Tierseuchen müssen stichprobenartige Kontrollen auch an den EU-
1493 Binnengrenzen möglich sein.

1494 Angesichts der Gefahren irreversibler Umwelt- und Gesundheitsschäden ist das deutsche
1495 Vorsorgeprinzip zu einem Leitbild europäischer Gemeinschaftspolitik geworden. Lange Prüfungs- und
1496 Zulassungsverfahren sollen Belastungen und Schäden für Mensch und Umwelt weitestgehend im
1497 Voraus verringern. Wir sehen den nachgelagerten Verbraucherschutz in Form kollektiver
1498 Rechtsschutzinstrumente (wie z.B. Sammelklagen) kritisch, wenn hierdurch das Vorsorgeprinzip

1499 ausgehebelt oder der Weg frei zur Entstehung einer Klageindustrie nach amerikanischen Vorbild
1500 geschaffen wird.

1501 13.6 Tierwohl, Transport und artgerechte Haltung

1502 Die AfD steht für eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze im Sinne unserer Verantwortung
1503 für Tiere als fühlende Mitgeschöpfe. Wir wollen in der Nutztierhaltung artgerechte Haltungssysteme
1504 fördern, die an die Tierart angepasst sind. Dazu gehört auch der Transport. Wir fordern: eine
1505 Beschränkung von Tiertransporte auf die Dauer von sechs Stunden, einschließlich umfassenden
1506 Kontrollen und entsprechender Sanktionierung von Verstößen. Der Export von lebenden
1507 Schlachttieren nach außerhalb der EU-Außengrenzen ist zu verbieten. Das Schlachtreime kann
1508 außerhalb der EU nicht kontrolliert werden und steht häufig mit den europäischen Tierschutzgesetzen,
1509 die auch ein Ausdruck unserer Werte sind, im Widerspruch. Die sich in tierartgerechten Haltungen
1510 entwickelnden robusten und gesunden Nutztierbestände tragen durch eine Verminderung des
1511 erforderlichen Antibiotika-Einsatzes erheblich zur Vermeidung von multiresistenter Keimbildung bei.
1512 Die Schlachtung nach religiösen Ritualen ist nur nach ausreichender Betäubung zu gestatten. Die Dauer
1513 der Betäubung muss für den gesamten Schlachtvorgang inklusive Tod durch Verbluten gewährleistet
1514 sein.